

Sven Bernhard Gareis
Peter-Michael Kozielski
Michael Kratschmar

**Rechtsextreme Orientierungen in
Deutschland und ihre Folgen für die
Bundeswehr**

Strausberg, Juni 2001

Kurzfassung

Die im Verlauf der letzten Jahre zu verzeichnende Ausbreitung rechtsextrimer Orientierungen sowie die sprunghafte Zunahme einschlägiger Straftaten in Deutschland hat auch die Bundeswehr nicht unberührt gelassen. 196 Verdachtsfälle auf von Soldaten begangene rechtsextreme bzw. fremdenfeindliche Delikte im Jahr 2000 waren für das Sozialwissenschaftliche Institut der Anlass, sich in systematischer Weise mit der Bedeutung des Phänomens „Rechtsextremismus“ für die Bundeswehr zu befassen.

Nach einem Überblick über die Erscheinungsformen und Entstehungsbedingungen rechtsextrimer Orientierungen sowie über die vielfältigen funktionalen Störungen, die rechtsextreme Manifestationen auf das innere Gefüge sowie die Auftrags Erfüllung der Bundeswehr auszuüben vermögen, wendet sich die vorliegende Analyse zwei zentralen Fragestellungen zu: Gibt es ein spezifisches strukturelles Rechtsextremismus-Problem in der Bundeswehr? Wirkt die Bundeswehr durch organisationsspezifische Eigenschaften als Resonanzboden für Personen mit rechtsextremen Weltbildern?

Zur Klärung der ersten Frage wurden fast eintausend Meldungen über rechtsextreme Verdachtsfälle der Jahre 1997–2000 analysiert. Dabei zeigt sich, dass die bei weitem überwiegende Zahl der Delikte mit rechtsextremem Hintergrund von Wehrpflichtigen und zudem häufig in deren ersten Dienstmonaten begangen werden. Dieser Befund wird dahingehend interpretiert, dass der größte Teil der in den Streitkräften sich ereignenden rechtsextremen Vorkommnisse auf den engen und permanenten personellen Austauschprozess zwischen

Summary

The spread of right-wing extremism in recent years and the sharp rise in related criminal offences in Germany have not left the Bundeswehr untouched. 196 suspected cases of extremist right-wing or xenophobic offences committed by soldiers in the year 2000 occasioned the Bundeswehr Institute of Social Sciences to conduct a systematic study of the significance of “right-wing extremism” for the Bundeswehr.

Following an overview of the outward forms and origins of right-wing extremism as well as the varied functional problems which extremist right-wing manifestations can cause for the internal fabric and mission accomplishment of the Bundeswehr, this analysis will turn to two central questions: Is there a specific structural extremist right-wing problem in the Bundeswehr? And does the Bundeswehr, on account of specific organizational characteristics, attract people with extremist right-wing views?

In order to answer the first question, the Institute conducted an analysis of almost 1000 reports concerning suspected right-wing extremism from 1997 to 2000. The results showed that by far the largest number of extremist right-wing offences were committed by conscripts and, what is more, often occurred during their first months of service. This finding is interpreted as showing that the majority of the extremist right-wing incidents in the armed forces can be attributed to the close and permanent process by which citizens move back and forth between the Bundeswehr and society.

With respect to the attraction of the Bundeswehr for right-wing extremists, the Institute of Social Sciences studied the results of its public survey for the year 2000 in which potential candidates

Bundeswehr und Gesellschaft zurückzuführen ist.

Bezüglich der Anziehungskraft der Bundeswehr auf Rechtsextremisten wurden im Rahmen der Bevölkerungsumfrage 2000 des SOWI die Ergebnisse untersucht, die potenzielle Bewerber für den freiwilligen Dienst als Soldaten der Bundeswehr auf den Einstellungsskalen „Nationalismus“ und „Fremdenfeindlichkeit“ erreichen. Hier sind zwar keine extrem hohen, nichtsdestoweniger aber bemerkenswerte Befunde bezüglich der nationalen Einstellungen zu diagnostizieren. Fremdenfeindliche Aussagen indes werden von den potenziellen Bewerbern tendenziell abgelehnt.

Die Ergebnisse der vorliegenden Analyse rechtfertigen keinen Alarmismus, sind jedoch dazu angetan, das Sensorium der Bundeswehr gegenüber rechts-extremen Einstellungen wachzuhalten und weiter zu schärfen. Als Empfehlungen werden die weitere Akzentuierung des Selbstbildes der Bundeswehr als einer Armee mit vielfältigen internationalen Verpflichtungen sowie verstärkte Bemühungen um gut ausgebildeten Personalnachwuchs angeregt.

for voluntary service as soldiers in the Bundeswehr were asked to rank their attitudes to “nationalism” and “xenophobia.” While the findings were not unusually high, the Institute did nevertheless diagnose noteworthy tendencies with respect to nationalist attitudes. Xenophobic statements, however, tended to be rejected by the potential applicants.

While the results of this analysis are not cause for alarm, they are, however, suitable for maintaining and sharpening the ability of the Bundeswehr to identify extremist right-wing attitudes. Recommendations are made to accentuate further the self-image of the Bundeswehr as a military organization with varied international commitments and to increase efforts to recruit well-trained personnel.

Inhaltsverzeichnis

1	Rechtsextremismus in Deutschland: Erscheinungsformen und Entstehungsbedingungen	5
1.1	Erscheinungsformen	7
1.1.1	Diffuse Ideologie einer diffusen Szene	7
1.1.2	Nationalismus und Rassismus als Konvergenz- und Basisideologeme	8
1.1.3	Rechtsextreme Jugendkultur	9
1.1.4	Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund	10
1.2	Entstehungsbedingungen	11
1.2.1	Einstellung versus Verhalten	12
1.2.2	Persönlichkeit versus Gesellschaft	13
2	Die Relevanz der Rechtsextremismusproblematik für die Bundeswehr	15
3	Einzelfälle oder strukturelles Problem? Rechtsextreme Vorkommnisse in der Bundeswehr	19
3.1	Die Datenbasis	21
3.2	Die Entwicklung der Fallzahlen und betroffene Soldaten	23
3.3	Deliktformen	26
3.4	Zusammenfassende Bewertung	28
4	Die Bundeswehr – Resonanzboden für rechtsextreme Orientierungen?	30
4.1	Die zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen verwendeten Skalen und Items	33
4.2	Skalen- bzw. itembezogene Ergebnisse	35
4.2.1	Werte der Gesamtstichprobe	36
4.2.2	Verteilung nach demografischen Daten	40
4.2.3	Zusammenfassende Bewertung	45
4.3	Rechtsextreme Einstellungen und Bundeswehraffinität	47
4.3.1	Generelle Einstellung zur Bundeswehr	49
4.3.2	Potenzielle Bereitschaft zum freiwilligen Dienst in der Bundeswehr	52
4.3.3	Zusammenfassende Bewertung	55
5	Literaturverzeichnis	58
	Autoren	61

1 Rechtsextremismus in Deutschland: Erscheinungsformen und Entstehungsbedingungen

Der Befund einer gesellschaftlichen Pathologie

Es war ein düsteres Bild, das Bundesinnenminister Otto Schily in einem Interview für die Hamburger Zeitung „Die Woche“ im Februar 2001 zeichnete. Nach seiner Einschätzung brachte das Jahr 2000 einen bundesweit 40-prozentigen Anstieg rechtsextremistischer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Straftaten im Vergleich zum Vorjahr. Der Schwerpunkt der Gewalt liegt, so Schily, im Osten. Genauer betrachtet befinden wir uns hier allerdings weit jenseits jener 40 %, wenn man entsprechende Relationen von Bevölkerungszahlen und Ausländeranteil in den östlichen Bundesländern ins Verhältnis zu den dort begangenen Straftaten setzt. Nach einer Umfrage des Forsa-Institutes sind 46 % der Jugendlichen im Osten und 40 % der 14–25-Jährigen im Westen der Meinung, dass es in Deutschland zu viele Ausländer gibt. (Frankfurter Rundschau vom 8. Februar 2001, S. 4). Auf der Konferenz der Innenminister am ersten Wochenende im Februar diesen Jahres sprach deren Vorsitzender Manfred Püchel (Sachsen-Anhalt) sogar von einem Anstieg der Straftaten von über 50 % für den gleichen Zeitraum, wobei er den später veröffentlichten Zahlen des Bundesamtes für Verfassungsschutz weitaus näher kommt. Hiervon entfielen 11 % der gesamten Delikte allein auf das Bundesland Sachsen-Anhalt. Der größte Teil davon sind Propagandadelikte wie Schmierereien verfassungsfeindlicher Symbole. Die Täter sind fast immer unter 21 Jahre alt (ebd.).

Prozentzahlen erlauben dem Betrachter noch eine weitgehend nüchterne Sicht. Dieses ändert sich, gibt man „den Opfern einen Namen“. Eine hierzu von Tagesspiegel und Frankfurter Rundschau gemeinsam erarbeitete Dokumentation widmet sich der erschreckendsten Erscheinungsform rechtsextremer Straftaten (Frankfurter Rundschau vom 14. September 2000, S. 7ff.). Die über einen Zeitraum von zehn Jahren recherchierten Gewaltverbrechen zeichnen ein auffallend homogenes Bild: Unglaubliche Brutalität, jugendliche Täter aus der rechten Szene und Opfer, die ihrer Hautfarbe, ihrer nicht-deutschen Nationalität, ihres gesellschaftlichen Außenseiterdaseins, ihres Glaubens oder ihrer Zivilcourage wegen ermordet wurden.

Es gibt noch weitere Auffälligkeiten, die sich wie ein roter Faden durch die Berichterstattung über viele derartiger Verbrechen ziehen:

- Ein Strafmaß, das im offensichtlichen Ungleichgewicht zu der Tat steht: Dies schien besonders dann gegeben, wenn sich im Nachhinein nicht eindeutig feststellen ließ, welcher der prügelnden, tretenden und stechenden Skinheads oder Neonazis den letztlich tödlichen Schlag führte. Als sich Sascha L. wegen 36-fachen Mordversuchs und besonders schwerer Brandstiftung („Wir wollten zeigen, dass das unser Land ist und die Ausländer nicht so eine große Fresse haben dürfen.“) vor Gericht zu verantworten hat, bemerkt der Richter zum grausamen Mord an einem Obdachlosen, den der Angeklagte bereits 1995 begangen hat: „Eine schlimme Sache“ und er stellt fest, dass Sascha L. „hierfür mit einem Jahr auf Bewährung noch mit mehr als einem blauen Auge davongekommen sei“ (Frankfurter Rundschau vom 21. Februar 2001, S. 8). Hier zeichnet sich derzeit allerdings eine Wende in der Rechtsprechung zu schärferer Ahndung rechtsextremer Gewalttaten ab.
- Solidarität mit den Tätern: Die Familienangehörigen der Opfer müssen regelmäßig unter Polizeischutz gestellt werden oder ihren Wohnort verlassen. In der rechten Szene scheint tiefer Hass keine Reue und kein Mitleid zuzulassen. Doch ungeachtet einer weitverbreiteten Abscheu in der Öffentlichkeit gegen rechte Gewalt gibt es auch eine versteckte Solidarität mit den Tätern, wie sie in Rostock, Hoyerswerda und anderswo offenkundig wurde. Sie offenbart einen nicht quantifizierbaren gesellschaftlichen Fundus rechtsextremer Einstellungen und Orientierungen, der in der Regel auf der Verhaltensebene nicht offenkundig wird. So schreibt eine 84-jährige Magdeburgerin an den Vorsitzenden Richter im Prozess um die Ermordung eines Mosambikaners, dass sie „... das Vaterland nach dem Krieg nicht für fünfzig Pfennig Stundenlohn wiederaufbaute, damit es nun Afrikanern überlassen werde“ (Berliner Zeitung vom 31. August 2000, S. 3). Der Täter wird in diesem Falle zu lebenslanger Haft verurteilt.

Auch scheint es geboten, sich von Vorstellungen wie „Intellektuelle/links – sozial Schwache/rechts“ zu lösen. Tino Bargel, Leiter der Arbeitsgruppe Hochschulforschung der Universität Konstanz, konstatiert tiefgreifende Einstellungsveränderungen an deutschen Universitäten und Fachhochschulen. Er stellt eine deutliche Hinwendung zu national-konservativen Positionen und eine Zunahme rechts-reaktionärer Einstellungen bei Studenten fest. Insbesondere die „Begrenzung der Zuwanderung von Ausländern“ als vielleicht feinere, akademische Variante zur „Ausländer-raus-Parole“ und die „Abwehr

kultureller Überfremdung“, aber auch eine ausgeprägte Gewaltakzeptanz finden heute beachtenswerte Zustimmung bei jenen, „die an die Schalthebel der Macht streben“ (Der Tagesspiegel vom 2. April 2001, S. 27). Haben wir es mit jener Krankheit zu tun, die Erwin Scheuch und Hans-Dieter Klingelmann als „normale Pathologie“ und „allgegenwärtiges Krankheitsphänomen hochentwickelter westlicher Industriestaaten“ beschrieben haben (Scheuch/Klingelmann 1967: 11ff.)?

1.1 Erscheinungsformen

Eine umfassende Darstellung rechtsextremistischer Erscheinungsformen sowie die Aufzählung von Organisationen und Differenzierungen wurden vielfach unternommen und sind so vielerorts nachlesbar (beispielsweise: Butterwegge/Isola 1990; Schwagerl 1993; Kloninger 1998; Verfassungsschutzberichte 1997/2000; Pfahl-Traugher 2000; Pfahl-Traugher 1999b). Im Folgenden werden daher lediglich solche Aspekte betrachtet, die für die nachfolgenden Teile des vorliegenden Arbeitspapiers relevant sind und die zum anderen geeignet erscheinen, aktuelle Entwicklungen aufzuzeigen.

1.1.1 Diffuse Ideologie einer diffusen Szene

Es ist in der Tat kaum möglich, ein einheitliches Ideologiegefüge des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik zu zeichnen. Tatsächlich handelt es sich um ein diffuses Bündel von Elementen, die je nach Organisation, Gruppierung, Alter oder sozialer Zugehörigkeit eine qualitativ und quantitativ unterschiedliche Zusammensetzung aufweisen. Dies lässt sich besonders deutlich an der Uneinheitlichkeit der rechten Szene aufzeigen. Dieses Phänomen hat Tradition. Selbst in der DDR war die – offiziell nicht existente – rechte Szene gespalten. Bereits in den 70er Jahren unternahmen in Großbritannien neonazistische Organisationen den Versuch, die ursprünglich unpolitische, aber aktionistische und gewaltbereite Skinheadszene zu politisieren und zu vereinnahmen. Bereits damals zeigte sich, was sich etwa zehn Jahre später zeitgleich in Ost- und Westdeutschland wiederholen sollte. Die gewaltbereite Szene fand keinen Gefallen an geschlossenen Ideologiekonstrukten, festen Strukturen, Disziplin und organisiertem Rechtsextremismus. Sie zeichnet sich bis heute nicht durch geordnete oder fundierte Ideologien, sondern durch die kompromisslose Bereitschaft zu Aktionismus und Gewalt

aus (Pfahl-Traugher 2000: 6). In Deutschland gelingt es rechtsextremen Parteien und Organisationen allerdings heute vermehrt, Aktivistenpotentiale aus der Skinheadszene zu gewinnen. Insbesondere die politisch verhältnismäßig unbedeutende NPD kann maßgebliche Zuwächse verzeichnen. Diese Symbiose ist jedoch nicht ideologischer, sondern eher pragmatischer Natur. Die NPD gewinnt hierbei aktionistische Potentiale, die Skinheadszene eine (noch) legale Plattform für ein geschlossenes Auftreten in der Öffentlichkeit (Verfassungsschutzbericht 2000: 19; Pfahl-Traugher 1999b: 68). Auf die hieraus resultierenden Schwierigkeiten für die wissenschaftliche Erforschung rechtsextremistischer Einstellungen wird an späterer Stelle einzugehen sein.

1.1.2 Nationalismus und Rassismus als Konvergenz- und Basisideologeme

Der maßgebliche Konvergenzpunkt rechtsextremer Ideologie in seiner aktuellen Erscheinungsform ist in einer nationalistischen und rassistischen Gedankenwelt zu finden. „Sie wird von der Vorstellung bestimmt, die ethnische Zugehörigkeit zu einer Nation oder Rasse mache den Wert eines Menschen aus“ (Verfassungsschutzbericht 2000: 17). Wissenschaftlich wird heute die Übertragung des Rassebegriffs auf den Menschen allerdings weitgehend abgelehnt (Jäger 1993: 7) und in der Öffentlichkeit wird der Terminus tatsächlich wenig benutzt. Dies ist jedoch weit mehr aus der negativ-semantischen Belegung als aus seiner inhaltlichen Dimension zu erklären. Die im derzeitigen Sprachgebrauch weitaus häufiger zu findenden Termini „fremden- oder ausländerfeindlich“ bezeichnen jedoch, wenn auch wohlklingender und somit gesellschaftsfähiger, bei genauerer Betrachtung oftmals rassistisches Denken und Handeln. In der ideologischen Konstruktion des Rassebegriffes wird von den äußeren Merkmalen eines Menschen auf dessen Persönlichkeitsdispositionen geschlossen. Kennzeichnend für die rassistischen Feindbilder der rechtsextremen deutschen Szene ist darüber hinaus, dass „Fremden“ nicht nur negative, minderwertige oder gemeinschaftsschädigende Persönlichkeitsmerkmale unterstellt werden, sondern ihnen unverblümt die verfassungsrechtlich verbrieften universellen Menschenrechte abgesprochen werden. Die begründende Argumentation ergibt sich aus der angeblich untrennbaren, naturgegebenen Verknüpfung von Nation und Rasse zur „Volksgemeinschaft der Deutschen“. Nationalismus und Rassismus sind die konstituierenden Basisideologeme rechtsextremistischen Denkens. Zum einen sind sie untrennbar mit rechtsextremistischer Orientierung verbunden, zum anderen, dem Duisburger Soziologen Siegfried Jäger folgend, stellen sie das maßgebliche

Einfallstor für alle weiteren rechtsextremistischen Ideologeme, wie antidemokratisches Staatsverständnis, Gewaltorientierung oder historische Mythologisierung dar (Jäger 1993: 34).

1.1.3 Rechtsextreme Jugendkultur

Die maßgebliche neue „rechte Kultur“ ist eine Jugendkultur. Sie weist eine deutliche und – wie die bereits genannten Zahlen zeigen – kontinuierlich steigende Gewaltneigung auf. Was den Stand der Forschung betrifft, so sind Erkenntnisse in Bezug auf gewaltbereite Jugendkulturen noch wenig fortgeschritten. Die Jugend ist zudem mit den gängigen Gewalttheorien nur unzureichend zu erfassen. Zutreffende Erklärungsmuster der Jugendgewalt sind praktisch nicht verfügbar. Erklärungsmodelle, die zum einen das Entstehen oder Verwenden bestimmter Symbole, Uniformierungen, Regeln und Verhaltensweisen erklären sind kaum valide. „Warum kopieren zum Beispiel Türkenkids den Ghetto-Rap, Aussiedler nicht? Russen und Rap sind offensichtlich nicht kompatibel“ (Findeisen/Kersten 1999: 32). In der rechtsextremen Jugendkultur könnten neben scheinbar ideologisch dominierten Gewaltauslösern auch neue Erklärungsfaktoren wie zum Beispiel der der Selbstverwirklichung, des „Freizeitwertes“, des Kämpfertums, des Männlichkeitswahns und der Medienwirksamkeit der vorgetragenen „Inhalte“ Berücksichtigung finden (Findeisen/Kersten 1999: 32f.). Bezüglich ihrer identitätsstiftenden Elemente gibt diese rechtsextreme Jugendkultur allerdings weniger Rätsel auf. Insbesondere für die Skinheadszene ist der kahle Kopf das wichtigste äußere Merkmal einer Ende der 60er Jahre in Großbritannien entstandenen Subkultur. In ihr ist der „Hass“ konstitutives Element. Sein wirksamstes und gefährlichstes Medium hierbei stellt die Skinhead-Musik dar. Sie ist nach Erkenntnissen des Bundesverfassungsschutzes für viele Jugendliche die wirksamste „Einstiegsdroge“ in die Szene, wobei zunächst oft nur Musikstil und Gemeinschaftserlebnis positiv erfahren werden. Die Botschaft ihrer Texte ist volksverhetzend, antisemitisch-rassistisch, ohne Umschweife zu Gewalt und Mord auffordernd.

Aggressiv harte Musik, Alkohol, Gemeinschaft und gebetsmühlenartiger Aufruf zu Hass und Mord ergeben einen in seiner Gefährlichkeit nicht zu unterschätzenden Indoktrinationscocktail, der ganz offensichtlich im direkten Zusammenhang mit den brutalen Gewaltverbrechen steht. Der Rausch, den er bewirkt, implantiert ganz offensicht-

lich jene Zeitbombe der Gewalt, die unvermittelt und erbarmungslos beim zufälligen Treffen mit einem schlafenden Obdachlosen oder einem vorbeigehenden Afrikaner zündet.

1.1.4 Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund

Die Palette der heute aktuellen Straftatbestände, die der Erscheinungsform des Rechtsextremismus sein Gesicht verleihen, kann an den Zahlen und Angaben des Bundesministeriums des Innern aufgezeigt werden. Von den 15.951 einschlägigen Straftaten des Jahres 2000 (1999: 10.037) waren 998 (1999: 746) Gewalttaten. Das Bundesamt für Verfassungsschutz verzeichnet somit einen Anstieg der Straftaten insgesamt um 58,9 %, der Gewalttaten um 33,8 %. Es sind die bereits erwähnten Morde an einem Mosambikaner und zwei Obdachlosen, 15 versuchte Tötungen, 874 Körperverletzungen, 41 Brandstiftungen, 7 Bombenattentate und 59 Fälle von Landfriedensbruch, die das Spektrum rechtsextremer Gewalttaten derzeit abdecken (Verfassungsschutzbericht 2000: 23). Sachbeschädigungen, Nötigung und Bedrohung, die Schändung jüdischer Gräber, Friedhöfe und Synagogen ergänzen das Bild.

Bei 65,4 % der Straftaten handelt es sich um Verstöße gegen §§ 86, 86a StGB, also um sogenannte Propagandadelikte. Das Verbreiten von Propagandamitteln und Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (Propagandadelikte) sind im Jahr 2000 mit 10.435 Taten (1999: 6.719) in erheblichem Umfang gewachsen. Wie ist dies zu werten und wie ist dies zu erklären? Das Ansteigen dieser Deliktform könnte etwa auf eine erhöhte Sensibilität in der Gesellschaft zurückgeführt werden. Dies würde also keinen realen Anstieg der Delikte aufzeigen. Als hinlängliche Erklärung reicht dies jedoch aufgrund der prozentualen Steigerung innerhalb eines einzigen Jahres kaum aus. Der Anstieg ist vielmehr alarmierend. Zeigen nicht der unverhohlene Umgang mit strafrechtlich untersagten Symbolen sowie offene Bekenntnisse zu rechtsextremen Einstellungen die wachsende Bereitschaft, sich öffentlich mit der Szene zu solidarisieren und gesellschaftliche Normen aktiv zu verletzen? Tabubruch auf niedriger Eskalationsstufe krimineller Handlung führt weder empirisch nachweislich noch in automatischer Zwangsläufigkeit zu schwereren Vergehen (Lamnek 1998: S. 69f). Demgegenüber stehen die in der Kriminologie vorgestellten Modelle krimineller Karrieren, die „delinquente Entwicklung als Folge eines sich wechselseitig hochschaukelnden Interaktions-

prozesses zwischen dem Jugendlichen und seiner Umwelt“ darstellen (Schwind 1998: 143). Ein solcher Zusammenhang stellt sich in den Aussagen verurteilter Straftäter dar: Gruppenzwang, die Angst, als Feigling dazustehen, selbstverordneter Nazikriegerwahn, und die Schwierigkeit, aus der Szene auszusteigen bewirken einen Strudel in eine gänzlich verwirrte Gedankenwelt aus völkischem Nationalismus und Fremdenhass. Der Tabubruch in Form eines Propagandadeliktes ist die offene und für das Umfeld sichtbar dokumentierte Abkehr von Rechtsstaat und Gesellschaft. Mit dem „Strudel nach unten“ beginnt daher auch für einen Teil der Jugendlichen die „Spirale nach oben“, die in der Eskalation der Folgestraftaten besteht. Besonders männliche Jugendliche sind bereit, Konflikte und Vorstellungen in Gewalt umzusetzen da sie aufgrund ihres eigenen Rollenverständnisses letztlich erwarten, von der Gesellschaft hierfür freigesprochen zu werden (Rommelpacher 1993: 76). Der markante Anstieg der Propagandadelikte in einem Jahr ist letztlich auch deshalb als besonders kritisch zu werten, als zu erwarten ist, dass ein Teil der Straftäter mit entsprechender durch das Umfeld aktivierbarer Gewaltneigung sich über die Zeit in Verbindung mit schwereren Straftaten bis hin zu Mord und schwerer Brandstiftung wiederfinden wird.

1.2 Entstehungsbedingungen

Obwohl die Rechtsextremismusforschung heute einen breiten Raum einnimmt, ist sie dennoch von einer unübersehbaren Inkonsistenz gekennzeichnet. Theorien und Erklärungsansätze stehen ohne Querverbindung nebeneinander, eine Forschungstradition ist ganz offensichtlich kaum begründet. Richard Stöss geht in seinem Aufsatz „Forschungs- und Erklärungsansätze – ein Überblick“ in systematischer Weise mit den Unzulänglichkeiten des Forschungsgebietes ins Gericht. Er beginnt: „Im Titel des Bandes (,Bilanz der Rechtsextremismusforschung‘) wird der Eindruck erweckt, als gäbe es hierzulande eine Rechtsextremismusforschung. Dies ist freilich nicht der Fall.“ (Stöss 1994: 23) Viele der von Stöss vorgebrachten Kritikpunkte finden sich in Analysen weiterer Autoren wieder. So schreibt Jürgen Winkler vergleichsweise moderat: „Obwohl interdisziplinäre Forschung gefordert wird, ist die Scientific Community noch weit von einer fruchtbaren Synthese der Perspektiven entfernt“ (Winkler 1996: 25). Eine Ausnahme im Kritikpunkt mangelnder Forschungskontinuität stellt die Forschung um die autoritäre Persönlichkeit dar. Sie basiert auf den frühen Ansätzen der „Berkeley-Schule“

um Adorno, Horkheimer und Fromm. Ihre Forschung über die autoritäre (faschistische) Persönlichkeit stellt ein erstes bedeutendes Beispiel aus der Gruppe von Forschungsansätzen dar, die die Persönlichkeit als Erklärungsvariable rechtsextremistischer Orientierung in den Mittelpunkt stellen (Adorno et al. 1950). „Dabei haben viele Autoren jedoch andere Akzente gesetzt und ihren Untersuchungen modifizierte Autoritarismuskonzepte zugrundegelegt“ (Winkler 1996: 29). Dieser Sachverhalt ist bis in neuere Studien zu verfolgen, die übereinstimmend bedeutende Zusammenhänge zwischen Autoritarismus und Rechtsextremismus feststellen (Scherr 1996: 110).

Neben den Ansätzen zur autoritären Persönlichkeit existiert eine Kontinuität hinsichtlich der Erforschung der Soziologie des sozialen Wandels, die allerdings erst in jüngerer Zeit in Verbindung zur Rechtsextremismusforschung gebracht wurde. Auf die Darstellung dieses und weiterer Ansätze wie beispielsweise Kontinuitäts- oder Deprivationsansatz soll an dieser Stelle verzichtet werden. Ihre Systematisierung wurde bereits im Arbeitspapier Nr. 96 des Sozialwissenschaftlichen Institutes der Bundeswehr unternommen (Wasmuht 1996). Die Schwierigkeiten einer konsistenten, kumulativen und kontinuierlichen Erforschung von Rechtsextremismus sollen exemplarisch an zwei Problemfeldern aufgezeigt werden.

1.2.1 Einstellung versus Verhalten

Scheuch und Klingelmann (1967) und vergleichbar fast 30 Jahre später Oskar Gabriel haben eine relativ stabile Verteilung der unterschiedlichsten Indikatoren politischer Einstellungen (Gabriel 1996) nachgewiesen. Allerdings beziehen sich diese Untersuchungen auf Potentiale und Einstellungen auf der Makroebene. Unter welchen Gegebenheiten aber manifestieren sich Einstellungen und Orientierungen in personalem Verhalten? Rechtsextremes Verhalten unterliegt sowohl in seiner Ausprägung als auch in seinem Umfang konjunkturellen Schwankungen. Hinzu kommt, dass derzeit kaum eine Theorie imstande scheint, unterschiedliche rechtsextremistische Verhaltensformen gleichermaßen zu erklären. Der Mitgliederzuwachs einiger rechtsextremer Parteien in Deutschland korreliert empirisch nicht mit deren Wahlerfolg oder -misserfolg. (Zur DVU: Hoffmann/Lepzzy 1998; zur NPD: Pfahl-Traughber 1999a). Insbesondere die Dimensionen „Gewaltorientierung“ und „-akzeptanz“ nehmen in der modernen Theoriebildung eine sehr unterschiedliche, in jedem Fall aber spezifisch zu betrachtende Funktion ein.

Keinesfalls existieren valide Theorien zur Erklärung der Wellen fremdenfeindlicher Gewalt in Deutschland, wie sie 1991 bis 1993 und derzeit zu beobachten sind.

1.2.2 Persönlichkeit versus Gesellschaft

Neben der bereits erwähnten Theorie zur autoritären Persönlichkeit, die bis heute in ihrer Auslegung differenzierte Erklärungsansätze erfahren hat, existiert eine Gruppe von Erklärungsansätzen, die Ursprünge rechtsextremer Einstellungen und Verhaltensweisen in der gesellschaftlichen Sozialisation sucht. Beide Zugänge schließen sich in weiten Bereichen gegenseitig aus: „Aus der Theorie der autoritären Persönlichkeit ergibt sich die Negation der Deprivationstheorie und umgekehrt“ (Winkler 1996: 36). Auch unter den gesellschaftskritischen Erklärungsvarianten selbst sind bis dato kontroverse Theoriebildungen zu finden. Es existieren aber auch Übereinstimmungen. Dies betrifft insbesondere jene Richtung, die an den Folgen des sozialen Wandels ansetzt. Bereits Auguste Comte (1798–1857) befasste sich mit dieser Thematik. Der Ursprung jener Theorien aber, die mit den modernen und postmodernen in direkter Verbindung stehen geht auf die Zeit der Jahrhundertwende zurück. Emile Durkheim (1977: 410ff.) konstruierte über die Veränderung volkswirtschaftlich-arbeitsteiliger Prozesse die anomische Auflösung der Beziehung Individuum-Gesellschaft in Zeiten tiefgreifender Veränderungen. Es ist Wilhelm Heitmeyer, der als Begründer der modernen Rechtsextremismusstudien gilt. In seiner „Bielefelder-Rechtsextremismusstudie“ (Heitmeyer 1992) begleitete Heitmeyer eine Gruppe von Jugendlichen über 5 Jahre hinweg, um Zusammenhänge und Verlaufslinien mittels qualitativer Verfahren zu studieren. Sie ist die erste Langzeitstudie zu diesem Thema. Heitmeyers Desintegrationsansatz beruht auf der Diagnose einer zunehmenden gesellschaftlichen Individualisierung. Er geht davon aus, dass ein geringes Selbstwertgefühl in Verbindung mit einer schlechten schulischen bzw. beruflichen Position sowie geringerer Sicherheit durch fehlende Gruppenzugehörigkeit zu einer stärkeren Hinwendung zu rechtsextremen Orientierungsmustern führt (Heitmeyer 1987: 104f.). Negative Einschätzungen der gesellschaftlichen Entwicklung, deren Undurchschaubarkeit und mangelnde Möglichkeiten zur Einflussnahme auf soziale Prozesse verstärken diese Entwicklung (ebd.). Seine Theorie der „irregeleiteten Einzeltäter“ und der „Modernisierungsoffer“ findet sich in der Literatur ebenso in ihrer Bedeutung als „besonders fruchtbar und ertragreich“ gewürdigt (Stöss 1994: 32ff.), wie auch in vielen Details kritisiert und bezweifelt (z. B. Scherr 1996: 104ff.; Pfahl-Traughber 1999b:

69ff.; Findeisen/Kersten 1999: 28f.). Familiäre oder gesellschaftliche Desintegration, Arbeitslosigkeit, mangelndes Bildungsniveau sind vielfach untersuchte und bestätigte Bedingungen für die Anfälligkeit Jugendlicher für rechtsextremistische Orientierungs- und Erklärungsangebote (Falter/Arzheimer 1998; Kleinert/Krüger/Willems 1998). Für jugendliche Straftäter ist dieser Zusammenhang allerdings weder in den neuen, noch in den alten Bundesländern stichhaltig nachgewiesen worden. Die Mehrzahl der Straftäter sind offenbar „normale“ Jugendliche aus intakten sozialen Verhältnissen, im Osten sogar noch mehr als im Westen (Pfahl-Traugber 2000: 12).

Dennoch fällt das Aufkommen fremdenfeindlicher Gewalt und rechtsextremen Nationalismus in Deutschland mit den globalen, umwälzenden Veränderungen der einst bipolaren Welt zusammen. Diese Phänomene gehen mit der Gesamtproblematik der deutsch-deutschen Wiedervereinigung, den fundamentalen gesellschaftlichen Veränderungen, insbesondere im Osten Deutschlands, und einem radikalen Werteverlust einher. Auch der Hinweis, dass viele der heute rechtsextremistischen Jugendlichen 1989 erst acht bis zwölf Jahre alt waren ist nicht schlüssig. Die in den Familien und im sozialen Umfeld bestehenden Mentalitäten, Unsicherheiten und Zukunftsängste wurden Bestandteil der Sozialisation jener Kinder (Pfahl-Traugber 2000: 13) und lebten auf diese Weise fort. Heitmeyer spricht von Handlungsunsicherheiten, Ohnmachtserfahrungen, schlechten beruflichen Perspektiven, geringem Selbstwertgefühl und negativer Einschätzung bzw. Undurchschaubarkeit der gesellschaftlichen Entwicklung (Heitmeyer 1987: 104ff.). Hartfield und Hillman (1972: 195) unterstützen seine These indem sie feststellen, dass fremdenfeindlicher Extremismus dort auftritt, wo überholte Herrschaftsverhältnisse nicht mehr mit gesellschaftlich-strukturellem Wandel kompatibel sind, also mit sozialer Verunsicherung und Isolation einhergehen. Auch Alphons Silbermann (1995: 10) schließt sich dem an. Ihm ist insbesondere zuzustimmen, wenn er die Ursachen des Rechtsextremismus konkret in gesellschaftlichen Wertewandel und Modernisierung nach der deutschen Wiedervereinigung sieht.

Welche Funktion aber besitzt jene Überhöhung der eigenen Nationalität und die hieraus resultierende Fremdenfeindlichkeit im Gesamtzusammenhang der Desintegration? Sie stellen nach unserer Auffassung im Rahmen zunehmender Individualisierung eine – subjektiv empfunden vielleicht die letzte – Rückfallposition der Integration dar. In der Zugehörigkeit zu einer Nation, Volksgruppe oder „Rasse“ kann man nicht versagen, sie

nicht verlieren. In der kollektiven Selbstüberhöhung der eigenen Gruppe erkennt man die, die nicht dazugehören als vermeintlich minderwertig und schuldig. Insbesondere jenes bereits zitierte Gefühl der Ohnmacht spielt nach unserer Auffassung in der aktuellen Phänomenologie des Rechtsextremismus eine bedeutende Rolle. In der Rassismusforschung besteht heute breite Übereinstimmung darüber, dass die faktische oder angestrebte Macht der sich überhöhenden Gruppe über eine minderbewertete mit Rassismus einhergeht (Hall 1989: 913). Macht kann sich z. B. auf geforderte Einwanderungsverbote („Das Boot ist voll“) oder Arbeitsverbote beziehen. Insbesondere aber, und so tritt es in den Aussagen rechtsextremistischer Straftäter hervor, wird jene Ohnmacht dann überwunden, wenn hilflose „Fremde“ mit Tritten, Schlägen oder Brandsätzen verletzt oder getötet werden. Trotz der aufgezeigten Kongruenzen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sollen und können diese nicht als Synonyme betrachtet werden. Dies erscheint jedoch zu undifferenziert, da Fremdenfeindlichkeit individuell in sehr unterschiedlich starker Ausprägung vorliegen kann. Dem soll die im Rahmen unserer Untersuchung verwendete Fremdenfeindlichkeitsskala gerecht werden.

Nationalismus und (rassistische) Fremdenfeindlichkeit sind zwingend mit rechtsextremen Orientierungen und rechtsextremem Verhalten verknüpft. Als Konvergenz- und Basisideologeme stellen sie bei weitem keine theoretischen Konstrukte dar. Sie sind in Deutschland dominierende Realität und Fundament aktueller rechtsextremer Phänomenologie.

2 Die Relevanz der Rechtsextremismusproblematik für die Bundeswehr

Die Bundeswehr steht über die Wehrpflicht und über die Möglichkeit, als Soldat auf Zeit Dienst zu leisten, in einem ständigen Austauschprozess mit der Gesellschaft und muss sich daher – im Guten wie im Schlechten – mit zahlreichen sozialen Entwicklungen und Phänomenen befassen. Die Ausbreitung rechtsextremen Gedankenguts und die Zunahme rechtsextremer Straftaten vom Propagandadelikt bis hin zu Gewaltverbrechen kann daher auch an der Bundeswehr nicht vorübergehen. Dies gilt umso mehr, als rechtsextreme Aktionen und Straftaten in überproportionaler Weise von jungen Männern begangen werden, die wiederum kraft Gesetz und – jedenfalls bis 2001 – auch nach dem herrschenden Berufsbild die Hauptklientel der Streitkräfte nicht zuletzt auch

für die Rekrutierung ihres Personalnachwuchses bilden. Die Bundeswehr ist eben kein Spiegel der bundesdeutschen Gesellschaft, sondern bildet allenfalls den männlichen Teil der Bevölkerung ab, mit deutlichen Gewichtungen hin zur jüngeren Generation und auch innerhalb dieser mit deutlichen Differenzierungen: Ein starkes Drittel eines Jahrganges leistet Grundwehrdienst, während die Mehrheit entweder freigestellt wird bzw. sich für den Zivildienst entscheidet (Kozielski 1998). Es nimmt also nicht wunder, dass die Bundeswehr mit den spezifischen Problemen in der Bevölkerungsgruppe der jungen Männer in besonderer Weise konfrontiert wird.

Die Bundeswehr ist von der Rechtsextremismus-Problematik betroffen und hat wie jede andere Institution im demokratischen Rechtsstaat die Pflicht, das Ihre zur Eindämmung dieser Gefährdung des friedlichen Zusammenlebens in Deutschland zu leisten. Sie hat jedoch – wie auch der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages in seinem jüngsten Bericht hervorhebt (Deutscher Bundestag 2001: 10) – über diese allgemeine Verpflichtung hinaus eine Reihe ganz grundlegender funktionaler Gründe und Interessen, sich dieses Themas mit großer Sensibilität und Sorgfalt anzunehmen.

Die Bundeswehr ist die größte bewaffnete Organisation der Bundesrepublik Deutschland. Es ist daher verständlich, dass die demokratische Gesellschaft in besonderer Weise darauf achtet, in wessen Hände der Umgang mit dieser Macht gelegt wird. Das hohe Vertrauen, welches die Bundeswehr in der deutschen Gesellschaft genießt, gilt nicht nur hinsichtlich ihrer Fähigkeit, die ihr übertragenen Aufgaben zu erfüllen. Es gilt auch hinsichtlich der demokratischen Zuverlässigkeit ihrer Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften. Wie für jedes andere Organ der Exekutive ist die Aufrechterhaltung dieses Vertrauens und die damit einhergehende gesellschaftliche Verankerung von existenzieller Bedeutung für die Bundeswehr.

Dies gilt nicht zuletzt für den Wettbewerb um qualifiziertes Personal, in dem die Bundeswehr mit anderen Arbeitgebern steht. Rechtsextremisten stehen weit außerhalb des demokratischen Grundkonsenses und gefährden, wenn sie Eingang in die Bundeswehr finden, nicht nur das gesellschaftliche Vertrauen in die Streitkräfte als Bestandteil des demokratischen Staates, sondern auch deren ständig erforderliche personelle Erneuerung. Eine Bundeswehr, die auch nur in den Verdacht geriete, die Entwicklung rechtsextremer Einstellungen zu begünstigen, wäre für die dringend benötigten qualifizierten

Bewerber aus der demokratischen Mitte der Gesellschaft mit Sicherheit kein attraktiver Arbeitgeber.

Die Grundphilosophie der Bundeswehr baut auf dem Bild des demokratischen Staatsbürgers in Uniform sowie der aus diesem Bild abgeleiteten Konzeption der Inneren Führung auf. Die Achtung der Menschenwürde, das aktive Eintreten für den demokratischen Rechtsstaat sowie die Toleranz gegenüber unterschiedlichen Religionen, Weltanschauungen und Lebensentwürfen sowie Hautfarben sind Kernbestandteile dieser Philosophie. Nur auf dieser Grundlage können die innere Ordnung und der kameradschaftliche Zusammenhalt in der Truppe dauerhaft aufrechterhalten werden. Soldaten müssen sich im täglichen Dienst, in Übung und Einsatz aufeinander verlassen können, weil in kritischen Situationen unter Umständen ihr Leben vom richtigen Verhalten ihrer Kameraden abhängt. Ideologien oder auch nur Einstellungsmuster, die unterschiedliche Wertigkeiten und Qualitäten von Menschen zu ihrem Inhalt haben, sind mit diesem Grundprinzip der soldatischen Ordnung schlichtweg unvereinbar. Dies gilt umso mehr, als die Bundeswehr Bestandteil einer Gesellschaft ist, die im wörtlichen und übertragenen Sinne immer bunter geworden ist und weiterhin wird. Als offene Gesellschaft hat Deutschland Menschen der unterschiedlichsten Herkunft auch als Staatsbürger integriert, die folglich in künftig noch wachsender Zahl in der Bundeswehr Dienst leisten werden.

Die Bundeswehr ist seit jeher eine Armee, die in einem Staatenbündnis integriert und daher auf vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Soldaten anderer Nationen angewiesen ist. Die Integration deutscher Soldaten in multinationalen Truppenkörpern schreitet voran und die Ebenen, auf denen diese Formationen gebildet werden, nähern sich mehr und mehr den Verbänden und Einheiten. Soldaten aus Armeen, die nicht dem Bündnis angehören, sind in großer Zahl im Rahmen der Militärischen Ausbildungshilfe auf allen Ebenen in der Bundeswehr präsent. Auch bei künftigen VN-Friedensmissionen werden deutsche Soldaten mit Streitkräften kooperieren, deren Angehörige aus anderen als den im Bündnis repräsentierten Kulturkreisen stammen. Der alltägliche Umgang mit Soldaten anderer Nationen wird daher für immer mehr Bundeswehrangehörige zur beruflichen Normalität. Diese Kooperation zwischen Soldaten der unterschiedlichsten Armeen ist nur möglich, wenn sie auf gegenseitigem Respekt sowie der Achtung anderer Kulturen und Gebräuche aufbaut. Manifestationen von Nationalismus oder Fremdenfeind-

lichkeit würden nicht nur die gemeinsame Auftragserfüllung gefährden, sondern das Ansehen der Bundeswehr als (Bündnis-) Partner schwer beschädigen.

Das Aufgabenspektrum der Bundeswehr umfasst seit einigen Jahren Einsätze zur Friedenssicherung außerhalb des eigenen Staats- bzw. Bündnisgebietes. In Zukunft werden diese Einsätze das Berufsbild der Bundeswehrangehörigen noch nachhaltiger prägen. Friedenserhaltende Militäreinsätze können nur dann erfolgreich durchgeführt werden, wenn die eingesetzte Truppe das Vertrauen möglichst großer Teile der Bevölkerung im Einsatzland genießt. Das Verhalten der Soldaten unterliegt im Einsatz der größten Aufmerksamkeit verschiedenster politischer, sozialer, ethnischer oder religiöser Gruppen, von denen naturgemäß nicht alle den Einsatz fremder Streitkräfte in ihrem Staatsgebiet begrüßen. Über die Untergrabung von Vertrauen in der Bevölkerung hinaus können daher rassistische Äußerungen oder Verhaltensweisen schon im Einzelfall zur emotionalen Mobilisierung gegen die Friedenstruppe führen und deren Mandat, aber auch das Leben ihrer Soldaten gefährden.

Dieser Überblick verdeutlicht, dass es in der Bundeswehr keinen Bereich gibt, in dem das Auftreten rechtsextremer Ideen oder Verhaltensweisen nicht zu gravierenden Störungen des militärischen Dienstes und der Auftragserfüllung führen würde. Er verdeutlicht auch das besondere Interesse das die Bundeswehr an einer sorgfältigen Auswahl ihrer längerdienenden Soldaten in allen Dienstgradgruppen, der konsequenten Verfolgung rechtsextremer Vorfälle und der Prävention entsprechender Entwicklungen durch Führung, Ausbildung und Erziehung ihrer Soldaten haben muss.

Gleichwohl ist es im Verlauf der neunziger Jahre auch in der Bundeswehr zu einem deutlichen Anstieg rechtsextremer Vorfälle im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren und Jahrzehnten gekommen. Während sich die Zahl der gemeldeten Vorkommnisse bis einschließlich 1996 um Werte zwischen 50 bis 60 Fällen pro Jahr bewegte, kam es 1997 zu einer sprunghaften Zunahme auf mehr als 200 entsprechender Verdachtsfälle. Das Jahr 1998 brachte einen weiteren deutlichen Anstieg auf 319 Fälle, dem sich im Jahre 1999 ein Rückgang auf 135 Vorkommnisse anschloss. Im Jahr 2000 stieg die Zahl wieder auf insgesamt 196 Verdachtsfälle an.

Angesichts dieser Entwicklung drängen sich zwei Fragen auf, die die Diskussion in der Öffentlichkeit nachhaltig prägen, die jedoch bislang allenfalls in Ansätzen einer systematischen Analyse unterworfen wurden.

1. Gibt es ein spezifisches, strukturelles Rechtsextremismus-Problem innerhalb der Bundeswehr dergestalt, dass vorherrschende Einstellungsmuster, geistige Orientierungen oder das Traditionsverständnis in den Streitkräften die Entwicklung und Ausbreitung rechtsextremen Gedankenguts unterstützen?
2. Wirkt die Bundeswehr durch organisationspezifische Eigenschaften – hierarchisch organisierte Männergemeinschaft, Umgang mit Waffen, Vorbereitung auf den Kampf – als Resonanzboden bzw. Magnet für Personen mit rechtsextremen Weltbildern?

Diesen Fragen soll im vorliegenden Arbeitspapier unter Heranziehung der in der Bundeswehr aufgetretenen Verdachtsfälle mit rechtsextremem Hintergrund sowie der Ergebnisse der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage 2000 des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr nachgegangen werden.

3 Einzelfälle oder strukturelles Problem? Rechtsextreme Vorkommnisse in der Bundeswehr

Die deutliche Zunahme rechtsextremer Vorkommnisse in der Bundeswehr seit 1997 entspricht einerseits dem Trend zur Ausbreitung rechtsextremer Orientierungen und rechtsextremer Straftaten in der Gesamtgesellschaft. Andererseits sind diese veränderten Fallzahlen aber auch auf eine deutlich gewachsene Sensibilität innerhalb der Bundeswehr bezüglich dieses Problemfeldes zurückzuführen. 1997 markiert insofern eine Zäsur, als sich im Verlauf dieses Jahres eine Reihe von Vorfällen ereignete bzw. bekannt wurde, die ein beträchtliches Medienecho und eine breite Diskussion in der Öffentlichkeit nach sich zog. Im März 1997 kam es in Detmold zu Angriffen von Bundeswehrangehörigen auf Ausländer, ein im gleichen Monat von Angehörigen der Infanterieschule in Hammelburg produziertes Videoband mit Gewaltszenen wurde im Juli des Jahres von einem Fernsehsender ausgestrahlt. Im Oktober erfolgte die Ausstrahlung von Teilen eines weiteren Videobandes, das in den Jahren 1994/95 in Schneeberg produziert

worden war und neben rechtsextremen Äußerungen auch Szenen enthielt, in denen grausame Gewalthandlungen nachgestellt wurden. Im Dezember veröffentlichte der „Stern“ Bilder einer privaten Feier von Soldaten der Lehr- und Versuchskompanie der Luftlandeschule in Altenstadt, auf denen nationalsozialistische Symbole und Soldaten zu sehen waren, die den sogenannten Hitlergruß ausführten. Eine Woche später berichtete „DER SPIEGEL“, dass bereits am 24. Januar 1995 der verurteilte Rechtsterrorist Manfred Roeder an der Hamburger Führungsakademie der Bundeswehr einen Vortrag gehalten hatte. Den für die Durchführung dieser Veranstaltung Verantwortlichen war der rechtsterroristische Hintergrund Roeders zu diesem Zeitpunkt nicht bekannt gewesen; nach dem Eingang entsprechender Informationen wurde dieser Vorfall jedoch nicht gemeldet. Im Zuge der Ermittlungen um diesen Vortrag wurde zudem festgestellt, dass bereits 1994 auf Nachsuchen von Roeder ein „Deutsch-Russisches Gemeinschaftswerk“ von der Bundeswehr drei ausgemusterte Fahrzeuge und Werkzeug als Unterstützungsleistungen erhalten hat. (Zu den Vorfällen des Jahres 1997 siehe: Beschlussempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses als 1. Untersuchungsausschuss vom 18.06.1998)

Das Bundesministerium der Verteidigung reagierte auf diese Vorkommnisse mit einem umfassenden Maßnahmenbündel, das durch einen im November 1997 eigens eingesetzten Arbeitskreis Rechtsextremismus weiter systematisiert wurde. Der vom Arbeitskreis Rechtsextremismus erarbeitete Maßnahmenkatalog setzt auf Prävention rechtsextremer Vorkommnisse auf dem Wege der Information der Vorgesetzten auf allen Ebenen durch im Zentrum Innere Führung ausgebildete Beratungsteams und den Militärischen Abschirmdienst, verstärkte Politische Bildung in den Streitkräften sowie auf die Verbesserung der diagnostischen Möglichkeiten in den Kreiswehrrersatzämtern und den für die Personalauswahlverfahren zuständigen Stellen.

Bezüglich der 1997 aufgetretenen bzw. bekannt gewordenen Vorfälle konstituierte sich am 13. Januar 1998 der Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages als Untersuchungsausschuss. Untersuchungsgegenstände waren vor allem die innere Lage der Bundeswehr, die Rahmenbedingungen der Inneren Führung und Politischen Bildung, die Konsequenzen aus den Wehrbeauftragtenberichten zu rechtsextremistischem Verhalten von Soldaten, die Realität des Traditionsverhaltens sowie der Informationsstand

und die Maßnahmen des Bundesministeriums der Verteidigung bezüglich dieser Fragekomplexe.

In seinem Bericht weist der Untersuchungsausschuss einen „Generalverdacht“ zurück, die Bundeswehr begünstige in struktureller Weise die Entstehung, Entwicklung und Äußerung rechtsextremer Orientierungen und Handlungen. In ihren eigenen Bewertungen haben jedoch die damaligen Oppositionsparteien – bei Übereinstimmung mit dem Gesamtbefund des Ausschusses – weitergehende Fragen bezüglich des situativen bzw. strukturellen Kontexts der aufgetretenen Vorfälle aufgeworfen und entsprechende Untersuchungen angeregt.

3.1 Die Datenbasis

Vor diesem Hintergrund kommt der genaueren Betrachtung rechtsextremer Vorfälle und Straftaten in der Bundeswehr besondere Bedeutung zu. Aufgrund des Fehlens einschlägiger sozialwissenschaftlicher Untersuchungen im Bereich der Bundeswehr bilden die Meldungen über entsprechende Besondere Vorkommnisse (BV) die Grundlage für eine solche Analyse. Bei Besonderen Vorkommnissen handelt es sich um außergewöhnliche Ereignisse in der Bundeswehr von solcher Bedeutung, die eine sofortige und direkte Information der politischen Leitung und militärischen Führung notwendig macht. Dabei gilt der Grundsatz „Schnelligkeit vor Vollständigkeit“. Vorfälle, die den Verdacht auf einen rechtsextremen bzw. fremdenfeindlichen Hintergrund begründen, werden unter der Überschrift „Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates“ bzw. „Betätigung gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung durch Soldaten“ durch die zuständigen Disziplinarvorgesetzten unmittelbar nach ihrem Bekanntwerden gemeldet. Kriterium für diese Meldung ist ein unmittelbarer Bezug zur Bundeswehr. Ein solcher Bezug ist vorhanden, wenn sich ein Vorfall in einer Liegenschaft der Bundeswehr ereignet oder aber die betroffenen Personen zum Zeitpunkt des Bekanntwerdens des Verdachtes Angehörige der Bundeswehr sind. Daher finden auch außerdienstliche, in Zivilkleidung und außerhalb von Bundeswehreinrichtungen ausgeführte Handlungen und Verhaltensweisen von Soldaten Eingang in dieses Meldeaufkommen. BV-Meldungen bilden einen wesentlichen Bestandteil des Lagebildes in der Bundeswehr zum Problemkomplex Rechtsextremismus, die durch diese Meldungen gewonnenen Erkenntnisse fließen dar-

über hinaus in die Informationsarbeit der Bundeswehr gegenüber dem Parlament, dem Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages und der Öffentlichkeit ein.

Disziplinarvorgesetzte sind zur sofortigen Meldung von Verdachtsfällen verpflichtet. Verstöße gegen diese Verpflichtung ziehen dienstliche Konsequenzen für die Verantwortlichen nach sich, so dass bei der Auswertung dieser Besonderen Vorkommnisse mit einem hohen Grad an Sicherheit angenommen werden kann, dass diese Meldungen ein umfassendes Bild der Manifestationen von Rechtsextremismus in der Bundeswehr zeichnen. Zwar kann eingewendet werden, dass es sich bei den Meldungen um ein bundeswehrinternes Berichtsverfahren handelt, das der öffentlichen Überprüfung zunächst entzogen bleibt. Doch spricht gerade dieser Umstand dafür, dass die Meldungen die Realität recht ungeschminkt widerspiegeln. Im Meldeverfahren muss keine Rücksicht auf mögliche Außenwirkungen und Rückfragen etwa aus den Medien genommen werden.

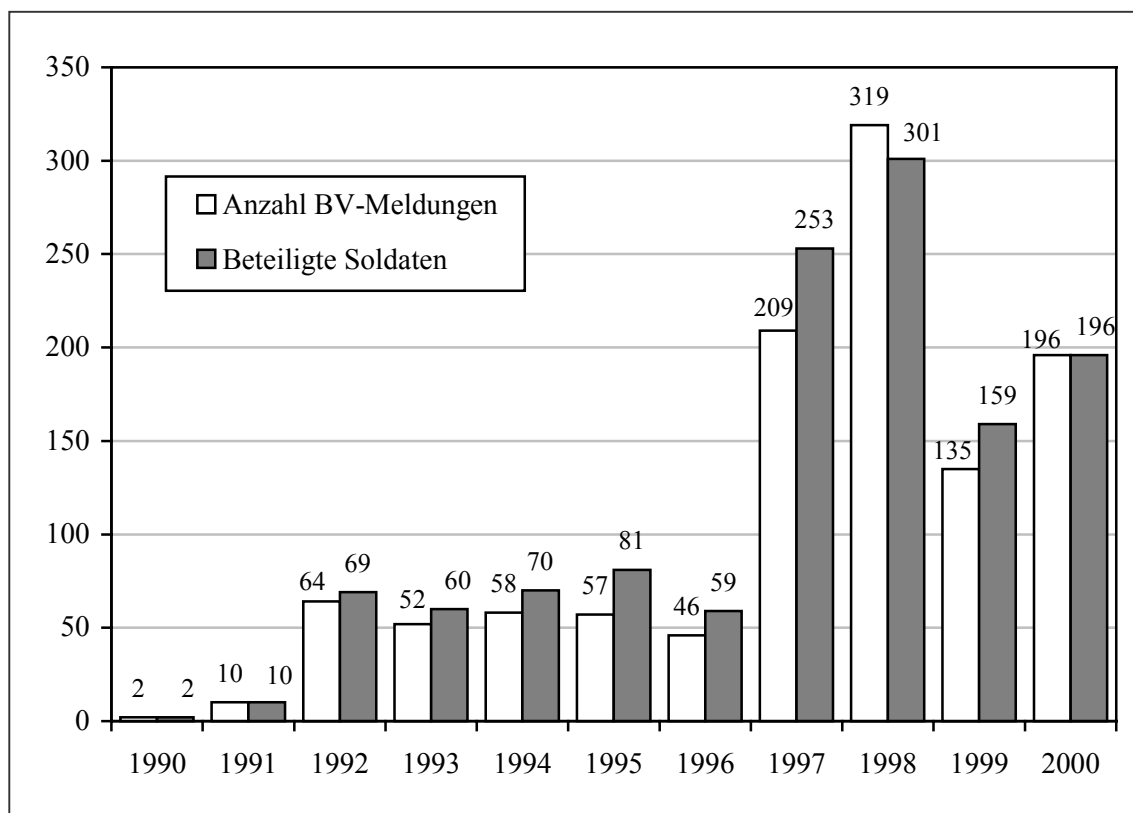
Eingeräumt werden muss allerdings, dass die Analyse dieser Meldungen Schlüsse nur auf der Symptomebene der sich tatsächlich ereignenden Vorfälle zulässt. Weniger Aufschluss erlauben diese Meldungen jedoch über eine mögliche Verbreitung rechtsextremer Einstellungen unter Angehörigen der Bundeswehr.

Die vom Bundesministerium der Verteidigung zu Informations- oder Forschungszwecken verwendeten Meldungen über Verdachtsfälle sind aus Gründen des Datenschutzes und unter Rücksicht auf möglicherweise laufende strafrechtliche oder disziplinare Untersuchungen oder Verfahren grundsätzlich anonymisiert. Daraus folgt, dass nicht in jedem Fall nachvollzogen werden kann, ob und in welchem Umfang sich ein Verdacht bestätigt hat. In einer Reihe von Fällen werden durch Folgemeldungen diesbezügliche Informationen geliefert, nach deren Tendenz der Schluss gerechtfertigt ist, dass die weitaus überwiegende Zahl der Verdachtsfälle auch begründet ist. Für die Zwecke dieser Analyse wird es daher als ausreichend angesehen, nur die gemeldeten Verdachtsfälle heranzuziehen. Rechtsextremes Verhalten stellt immer ein gravierendes Dienstvergehen dar, das entsprechend zu ahnden ist. Bei Verdacht auf eine Straftat mit rechtsextremem Hintergrund muss der Sachverhalt durch die Disziplinarvorgesetzten an die zuständige Staatsanwaltschaft abgegeben werden.

3.2 Die Entwicklung der Fallzahlen und betroffene Soldaten

Grafik 1 veranschaulicht die zahlenmäßige Entwicklung von Meldungen mit Verdacht auf rechtsextremistischen/fremdenfeindlichen Hintergrund der Jahre 1990 bis 2000 sowie die Zahlen der an diesen Vorfällen beteiligten Soldaten:

Grafik 1: Verdachtsfälle mit rechtsextremem Hintergrund: Die Entwicklung der Fallzahlen



Der Entwicklungsverlauf legt nahe, dass die seit 1997 verstärkten Maßnahmen zur Abwehr des Rechtsextremismus in der Bundeswehr zu einer gesteigerten Sensibilität auf Seiten der verantwortlichen Vorgesetzten geführt haben. So hat sicherlich die umfassende Information über in der rechtsextremen Szene verwendete Symbole und Erkennungszeichen sowie über indizierte Schriften und Musikerzeugnisse die Aufmerksamkeit in den Kompanien und Verbänden erhöht. Auch ist durch die politische und militärische Führung der Bundeswehr unmissverständlich klargemacht worden, dass jedem Verdachtsfall mit größter Konsequenz nachzugehen ist. Information und gesteigener Erwartungsdruck an die Vorgesetzten dürften denn auch ausschlaggebend für die deut-

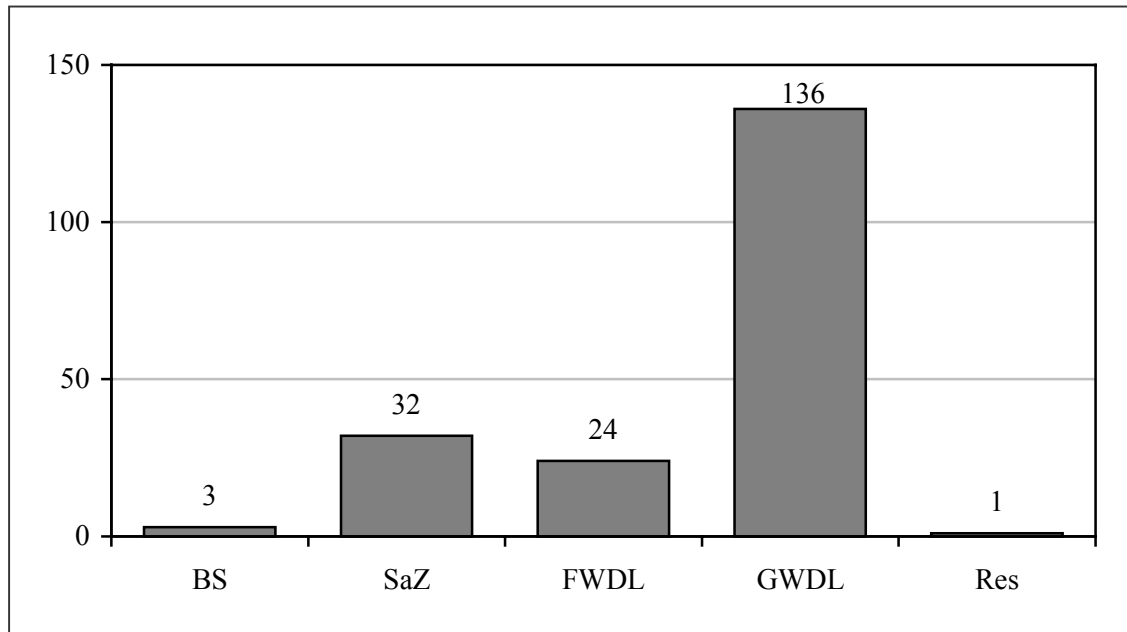
lich gestiegenen Zahlen der Jahre 1997 und 1998 sein. 1999 ging die Zahl der Meldungen um mehr als 50 Prozent zurück und entwickelte sich auch in den ersten acht Monaten des Jahres 2000 auf diesem Niveau. Im August 2000 führte der Sprengstoffanschlag von Düsseldorf zu einer intensiven innenpolitischen Diskussion über die Gefahren des Rechtsextremismus in Deutschland. Im gleichen Monat wurde zudem bekannt, dass offensichtlich ein Oberfeldwebel der Bundeswehr bei einem Internet-Provider eine Domain unter der Bezeichnung „Heil-Hitler.de“ hatte einrichten lassen. In den letzten vier Monaten des Jahres 2000 folgten mehr Meldungen über rechtsextreme Verdachtsfälle als im gesamten Jahresverlauf zuvor, so dass sich für das Gesamtjahr eine Zunahme entsprechender Verdachtsfälle um 45 Prozent gegenüber dem Vorjahr ergab. Offenkundig folgen Sensibilität und Aufmerksamkeit gegenüber Rechtsextremismus innerhalb der Bundeswehr ganz ähnlichen Kriterien und Mechanismen wie in der Gesamtgesellschaft. Ist das Thema auf der Agenda, wird genauer hingeschaut. Rund zwei Drittel der Verdachtsfälle werden durch die Vorgesetzten aller Ebenen festgestellt, rund ein Zehntel durch Kameraden gemeldet. Von den übrigen Vorfällen erhält die Bundeswehr aus anderen Quellen Kenntnis, zumeist durch die Polizei in Fällen von Straftaten, die sich außerhalb des Dienstes und militärischer Liegenschaften ereignen.

Die Zahl der beteiligten Soldaten entspricht in etwa der der Vorkommnisse, in manchen Jahren lag sie etwas höher. Selbst wenn man berücksichtigt, dass einer anonymen Hakenkreuzschmiererei keine Personen zugeordnet werden können, lassen diese Zahlenverhältnisse bereits vermuten, dass es sich bei den Urhebern der gemeldeten rechtsextremen Verdachtsfälle zumeist um Einzelpersonen bzw. kleine Gruppen handelt. Die Durchsicht der Meldungen bestätigt diese Annahme. Auch weist das Meldeaufkommen keine auffälligen regionalen Cluster auf, durch die auf das Vorhandensein bestimmter Strukturen geschlossen werden könnte. Die Verdachtsfälle verteilen sich ohne erkennbaren inneren Zusammenhang über die gesamte Bundeswehr, allerdings auf einem sehr niedrigen Niveau: 196 im Jahr 2000 verdächtige Personen entsprechen 0,0615 Prozent der knapp 320.000 Soldaten der Bundeswehr.

Unter den drei Teilstreitkräften der Bundeswehr hatte das Heer im Jahr 2000 mit 136 Verdachtsfällen und 133 beteiligten Soldaten das Gros der Meldungen zu verzeichnen. Die Luftwaffe folgte mit 51 Fällen und 50 beteiligten Soldaten, die Marine mit neun Fällen und 13 beteiligten Soldaten. Auch wenn das Heer die mit Abstand größte Teil-

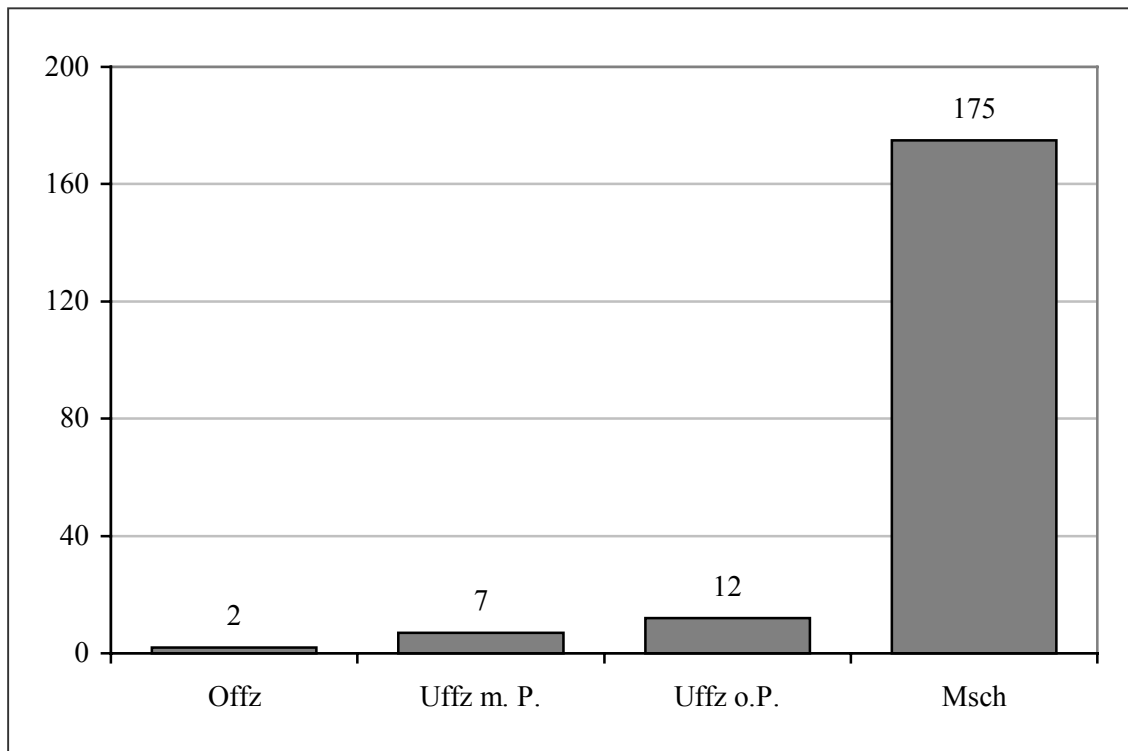
streitkraft bildet, ist es dennoch in relativ stärkerem Maße von rechtsextremen Vorfällen betroffen. Dieser höhere Anteil beim Heer ist jedoch vor allem auf seinen größeren Anteil an Grundwehrdienstleistenden zurückzuführen. Grafik 2 zeigt die Aufschlüsselung der betroffenen Soldaten nach Statusgruppen.

Grafik 2: Verdächtige Personen nach Status (Jahr 2000)



Danach waren 160 der 196 im Verlauf des Jahres 2000 in den Verdacht rechtsextremer Delikte geratenen Soldaten Grundwehrdienstleistende bzw. Freiwillig zusätzlichen Wehrdienst Leistende (Wehrpflichtige, die ihren Dienst von 10 Monaten freiwillig auf bis zu 23 Monate verlängert haben). Dies entspricht einem Anteil von 82 Prozent. Von den 32 betroffenen Soldaten auf Zeit wiederum waren 14 Mannschaftsdienstgrade, 19 Unteroffiziere und 2 Offiziere gerieten im Laufe des Jahres in einen entsprechenden Tatverdacht (siehe Grafik 3). Die Größenordnungen bezüglich der Status- und Dienstgradgruppen des Jahres 2000 entsprechen denen der vorangegangenen Jahre.

Grafik 3: Verdächtige Personen nach Dienstgradgruppen

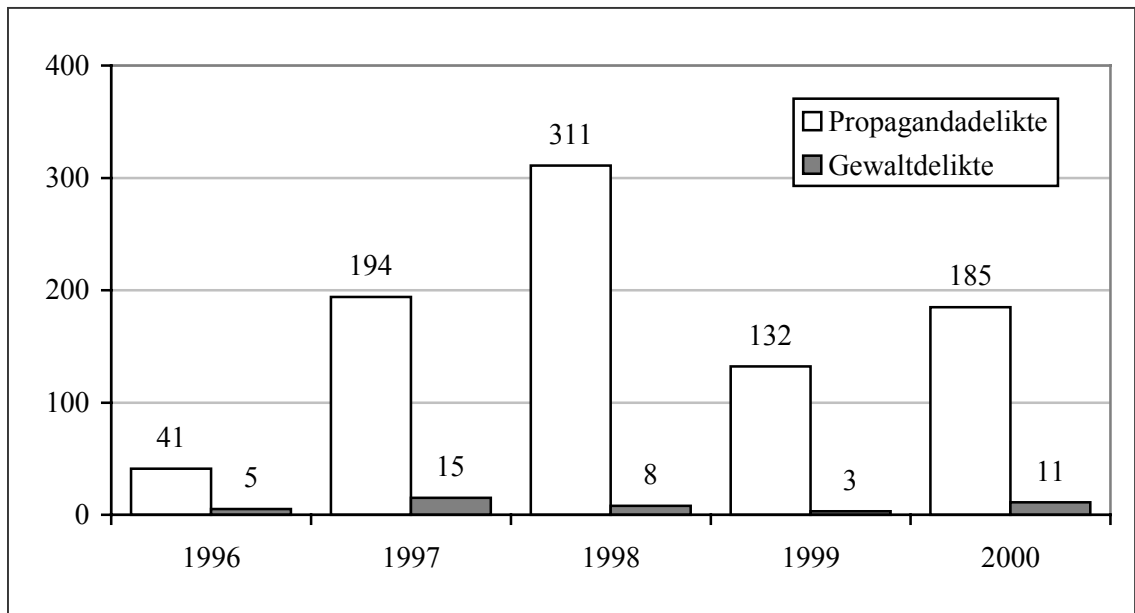


3.3 Deliktformen

Die Meldungen zu Besonderen Vorkommnissen mit rechtsextremem Hintergrund unterscheiden zwischen Propaganda- und Gewaltdelikten. Propagandadelikte umfassen ein breites Spektrum von Verhaltensweisen, wie die Verwendung nationalsozialistischer Symbole, das Ausführen des „Hitler- oder Kühnengrußes“, der Besitz bzw. die Verbreitung verfassungs- oder fremdenfeindlichen Schrifttums bzw. Musikerzeugnissen, Singen entsprechender Lieder, Hakenkreuzschmierereien sowie Tätowierungen einschlägiger Symbole. Hinzu kommen fremdenfeindliche oder antisemitische Äußerungen sowie das verbale Bekenntnis zu rechtsextremen Gesinnungen. Als Gewaltdelikte werden ausgeführte Gewalthandlungen mit oder ohne Waffen gegenüber Personen erfasst.

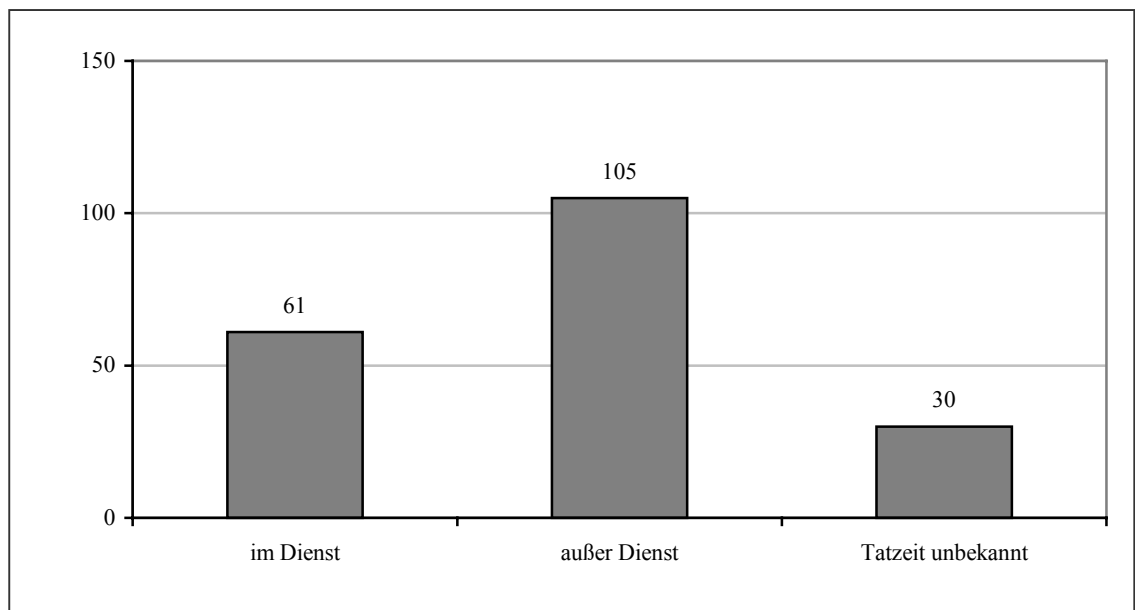
Grafik 4 zeigt, dass das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Propaganda- und Gewaltdelikten über die Jahre in etwa gleich geblieben ist:

Grafik 4: Deliktformen



Der größte Teil der rechtsextremen Verdachtsfälle ereignet sich außerhalb der Dienstzeit, teilweise aber in militärischen Einrichtungen, wie Unterkunftsstuben oder Heimbetrieben (siehe Grafik 5). Die elf gemeldeten Gewaltdelikten des Jahres 2000 fanden alle außerhalb des Dienstes statt.

Grafik 5: Vorkommnisse in und außer Dienst im Jahr 2000



Unter den verschiedenen Deliktformen nehmen das Abspielen bzw. Mitsingen indizierter Lieder einen herausgehobenen Platz in der Statistik ein, gefolgt von Gesten, wie dem „Hitler-Gruß“ und neonazistischen bzw. fremdenfeindlichen/antisemitischen Äußerungen oder Parolen. In vielen Fällen treten mehrere Delikte in einem Tatzusammenhang auf, beim weitaus größten Teil aller Verdachtsfälle ist erheblicher Alkoholkonsum mit im Spiel. Manifeste Bekenntnisse zu rechtsextremen Orientierungen und/oder verfassungsfeindlichen Organisationen sind dagegen selten, etwa wenn ein Rekrut seine Weigerung, das Feierliche Gelöbnis abzulegen, mit der Ablehnung der Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung begründet oder wenn im Zuge der Ermittlungen die Verbindung eines Verdächtigen zu rechtsextremen Organisationen aufgedeckt wird. Die elf im Jahr 2000 gemeldeten Verdachtsfälle im Gewaltbereich betreffen ausschließlich Grundwehrdienstleistende in ihrem Privatbereich und umfassen die Beteiligung an Massenschlägereien, gezielte Gewalt gegen Ausländer, Übergriffe gegen Kameraden und völlig fremde Personen sowie die Widersetzung gegen die Festnahme durch die Polizei. Ein ebenfalls gemeldete Verdacht, ein Soldat sei am Brandanschlag auf die Dortmunder Synagoge beteiligt gewesen, hat sich demgegenüber nicht bestätigt.

3.4 Zusammenfassende Bewertung

Die Auswertung der Meldungen über Verdachtsfälle mit rechtsextremem Hintergrund zeigen, dass die Bundeswehr vor einer beachtlichen Herausforderung im Umgang mit derartigen Phänomenen steht. Aus den zu Beginn dieses Kapitels dargelegten Gründen wird deutlich, dass die Bundeswehr jedweder Manifestation rechtsextremer Orientierungen mit einer Null-Toleranz-Strategie entgegentreten muss und dies auch tut. Fehlverhalten von Vorgesetzten durch Unterlassung, Sorglosigkeit, Fehleinschätzung oder mangelnde Informationen wird nie gänzlich auszuschließen sein. Doch zeigen die BV-Meldungen in ihrer Zahl und nach der Qualität der ihnen zugrundeliegenden Verdachtsfälle, dass derartiges Fehlverhalten die seltene Ausnahme sein dürfte. Repressive Maßnahmen wie disziplinare Ahndungen bis zur Entfernung aus dem Dienstverhältnis und strafrechtliche Verfolgung durch die Staatsanwaltschaften und Gerichte sowie Prävention durch Information und Aufklärung haben in der Bundeswehr erhebliche Wirkungen gezeigt.

Doch gibt die genauere Betrachtung der Verdachtsfälle weiteren Anlass zu der Sorge, dass die Entwicklung einer rechtsextremen Jugend-Subkultur in der deutschen Gesellschaft relativ weit vorangeschritten ist. Diese Annahme wird insbesondere durch den hohen Anteil gestützt, den der Besitz bzw. das Abspielen von Musik-CDs mit rechtsextremem und/oder fremdenfeindlichem Inhalt am Gesamtaufkommen der Verdachtsfälle auch in der Bundeswehr einnehmen. Musik wirkt als Integrationsfaktor in einer zwar noch immer diffusen, aber doch merklich sich ausbreitenden rechtsextremen Szene. Es besteht die Gefahr, dass sich über eingängige Rhythmen auch die menschenverachtenden Inhalte dieser Musikerzeugnisse in den Köpfen der Jugendlichen verankern. Gemeinsames Hören und Mitsingen in Gruppen oder Szeneclubs führt darüber hinaus zur Abnahme des Unrechtsbewusstseins, insbesondere wenn nicht sofort seitens der Familien, der Schulen, sozialer Einrichtungen und eben auch durch die Strafverfolgungsbehörden eingeschritten wird. Alkoholkonsum und gruppendynamische Prozesse führen des Weiteren hinaus zu einer Absenkung der Schwelle zur Gewaltanwendung.

An diesem Punkt scheinen – dies sei hier vorsichtig und eher in Form einer Hypothese für die weitere Forschung formuliert – die Regelsysteme in Bundeswehr und Gesellschaft partiell inkongruent zu sein. Zu den charakteristischen Merkmalen des Bundeswehralltags gehört das Zusammenleben in Gemeinschaftsunterkünften, in denen die Grenzen zwischen privatem und öffentlichem Raum verschwimmen. Die Unterkunftsstube bildet für die Soldaten einen privaten Raum, den sie jedoch mit anderen teilen müssen und der demzufolge durch formale Vorschriften reglementiert und durch die Vorgesetzten kontrolliert wird. Dies führt dazu, dass vieles, was im zivilen Umfeld der Jugendlichen erlaubt ist oder zumindest toleriert wird und folglich kaum zu Unrechtsbewusstsein führt, wie etwa der Besitz indizierter CDs, das Auftragen von Tattoos oder die Verwendung von Symbolen aus dem gesetzlichen Grauzonenbereich, in der Bundeswehr ein möglicherweise gravierendes Dienstvergehen darstellt, das mit aller Konsequenz verfolgt wird. Die Bundeswehr hat aufgrund ihrer spezifischen Struktur Möglichkeiten der Einflussnahme auf das Verhalten ihrer Angehörigen wie sonst kaum eine andere gesellschaftliche Formation. Doch wird die Durchsetzung ihrer harten Linie in Bezug auf rechtsextreme Orientierungen auf Dauer nur erfolgversprechend sein, wenn den Tätern auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen eine vergleichbare Ablehnung ihres Verhaltens entgegengebracht wird und sie nicht noch Bestätigung erfahren. Eine genauere Analyse des Verhältnisses der durch die Disziplinarvorgesetzten eingeleiteten,

von den zuständigen Staatsanwaltschaften dann aber eingestellten Strafverfahren wäre in dieser Hinsicht aufschlussreich.

Die Analyse der gemeldeten Verdachtsfälle zeigt einigermaßen deutlich, dass der bei weitem größte Teil der Vorkommnisse mit rechtsextremistischem Hintergrund auf den engen und permanenten personellen Austauschprozess, in dem die Bundeswehr mit der Gesellschaft steht, zurückzuführen ist. Dieser Befund wird auch nachdrücklich durch die Tatsache unterstützt, dass sich rund 42 Prozent der rechtsextremen Verdachtsfälle in den Einberufungsmonaten der Wehrpflichtigen ereignen, in denen diese in ein für sie völlig neues Regel- und Verhaltenssystem gestellt werden. Hieraus jedoch ein Argument gegen die allgemeine Wehrpflicht abzuleiten und für eine Freiwilligenarmee zu plädieren, scheint wiederum mit Blick auf die absoluten Fallzahlen wenig überzeugend zu sein. Die unbestrittenen Vorteile einer gesellschaftlichen Einbindung der Bundeswehr über die Wehrpflicht dürften die mit rechtsextremen Verhaltensweisen eines kleinen Teils der Wehrpflichtigen verbundenen Nachteile bei weitem aufwiegen.

Die Bundeswehr muss – schon um der Aufrechterhaltung ihrer inneren Ordnung wegen – dem Problemkomplex Rechtsextremismus auch weiterhin eine erhöhte Aufmerksamkeit widmen und darf in ihren präventiven aber auch ihren repressiven Anstrengungen nicht nachlassen. Gerade als Folge der durch die Bundeswehr praktizierten Null-Toleranz-Strategie wird allerdings die Öffentlichkeit auch in Zukunft mit einschlägigen Meldungen aus dem Bereich der Streitkräfte rechnen müssen. Solange rechtsextreme Aktionen und Straftaten in der Gruppe der jungen Männer nicht zurückgehen, wird auch die Bundeswehr davon betroffen sein, einfach weil regelmäßig neue Wehrpflichtige eingezogen werden. Aus der mit der konsequenten Verfolgung derartiger Vorfälle verbundenen Zahl der Meldungen aber zu schließen, die Bundeswehr hätte anders als die übrige Gesellschaft ein spezifisches, aus ihren strukturellen Gegebenheiten resultierendes Rechtsextremismus-Problem scheint jedoch alles andere als gerechtfertigt.

4 Die Bundeswehr – Resonanzboden für rechtsextreme Orientierungen?

Hierarchische Ordnungen mit klaren Orientierungs- und Rollenmustern sowie elitär legitimierten Autoritäten, ein mit der Bewährung im Kampf verbundenes Männlich-

keitsideal und vor allem ein übersteigerter Nationalismus mit aggressiver Abgrenzung gegen alles Fremde sind wesentliche Grundelemente rechtsextremer Weltbilder. Streitkräfte und mit ihnen die Bundeswehr weisen ihrer inneren Struktur und ihrer Zweckbestimmung nach durchaus Eigenschaften auf, die für Personen mit rechtsextremen Orientierungen attraktiv sein könnten. Es besteht daher die Gefahr, dass im Bewerberaufkommen für die Bundeswehr verstärkt junge Männer und künftig auch junge Frauen mit entsprechenden Einstellungen vertreten sind.

Dieser Nexus zwischen rechtsextremen Ansichten und Bundeswehraffinität ist unter den Vorzeichen der rechtsextremen Vorfälle in der Bundeswehr in den letzten Jahren wieder verstärkt diskutiert worden. Der Berichterstatter der PDS im schon erwähnten Bundestags-Untersuchungsausschuss, Gerhard Zwerenz, meint in seiner Bewertung des Ausschuss-Berichts, dass die Bundeswehr an ihrer „deutschtraditionalistischen, pränazistischen Rechtslastigkeit“ leidet (Beschlussempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses als 1. Untersuchungsausschuss vom 18.06.1998: 194) und stellt fest, dass Militär nicht nur ein Anziehungspunkt für Personen mit eher rechten Einstellungsdispositionen sei, sondern diese verstärke (ebd.: 188). Andere Autoren, insbesondere Detlef Bald (1998) und Ludwig Knorr (1998), knüpfen an diese Perspektive an und sehen im Traditionsverständnis der Bundeswehr, das sich ihrer Ansicht nach stark an die Wehrmacht anlehnt, Anhaltspunkte für eine Kontinuität bzw. Renaissance des Denkens in antidemokratischen und nationalistischen, am Kämpfertum orientierten Kategorien mit entsprechenden Konsequenzen auch für die Anforderungen an das politisch-ethische Profil der Soldaten. Insbesondere Bald sieht eine sich vergrößernde Kluft zwischen den Wertsystemen der Bundeswehr und der übrigen Gesellschaft und befürchtet, die Bundeswehr könne wieder zum Staat im Staate werden. Systematischer ist Heinz-Ulrich Kohr bereits 1993 der Frage nachgegangen, in welcher Weise politische Orientierungen und Einstellungen zur Bundeswehr zusammenhängen. Nach seinem auf die Daten einer Befragung von 833 Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren gestützten Befund läuft die Bundeswehr Gefahr, vor allem Modernisierungsverlierer anzuziehen, die sich durch ausgeprägt rechte Einstellungen von denjenigen abheben, die den Dienst in der Bundeswehr ablehnen (Kohr 1993). Auch Kümmel und Spangenberg stellen 1998 die Frage, ob die Bundeswehr eine besondere Anziehungskraft auf gewaltbereite Jugendliche ausübt, wobei sich aus dem Untersuchungskontext ergibt, dass Gewaltbereitschaft auch als durch rechtsextreme Einstellungen unterfüttert aufgefasst wird. Nach ihren Erkenntnis-

sen sieht eine nennenswerte Minderheit in der bundesdeutschen Gesellschaft einen Zusammenhang zwischen Gewaltbereitschaft und Bundeswehraffinität (Kümmel/Spangenberg 1998: 23ff.). Zuletzt wurde im Februar 2001 durch den „SPIEGEL“ eine Studie des Meinungsforschungsinstituts SINUS zitiert, in dem auf einen deutlichen Zusammenhang zwischen rechten Einstellungen und der Bereitschaft zum Dienst in der Bundeswehr hingewiesen wurde (DER SPIEGEL, Nr. 9 vom 24.02.2001, S. 18).

Die Vorfälle in der Bundeswehr einerseits und die hier skizzierten Positionen und Befunde geben hinreichend Anlass, dem Zusammenhang zwischen Bundeswehraffinität und rechtsextremen Überzeugungen in der Gesellschaft nachzugehen. Als geeignetes Instrument zur Erfassung gesellschaftlicher Einstellungs- und Meinungstrends bietet sich die jährlich durchgeführte Allgemeine Bevölkerungsumfrage des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr (SOWI) an. Wie in den Vorjahren wurde auch in den letzten Wochen des Jahres 2000 eine 2.413 Personen umfassende Stichprobe durch das Markt- und Meinungsforschungsinstitut INRA befragt. Die Stichprobe ist iterativ gewichtet nach politischen Ortsgrößenklassen, Alter sowie Geschlecht und ist repräsentativ für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahren. Der Befragung lag wie immer ein durch das SOWI erarbeitetes Instrument zugrunde. In der Bevölkerungsumfrage finden sich regelmäßig Items hinsichtlich der Einstellungen der Befragten zur Bundeswehr und der Frage, ob diese sich vorstellen könnten, in der Bundeswehr als Freiwillige Dienst zu leisten. In die Umfrage des Jahres 2000 wurden zudem Skalen und Items zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen aufgenommen. Die Fragestellung, die es im Rahmen dieser Analyse zu überprüfen gilt, lautet, ob ein signifikanter Zusammenhang zwischen Bundeswehraffinität und rechtsextremen Orientierungen besteht. Personen, die eine positive Einstellung zur Bundeswehr haben bzw. sich den freiwilligen Dienst in der Bundeswehr vorstellen können, müssten dann hohe Werte auf denjenigen Skalen und Items erreichen, die auf rechtsextreme Einstellungen schließen lassen. Die Klärung dieser Frage geschieht in zwei Schritten: Zunächst wird die Verteilung der Merkmalsausprägungen in der Gesamtgesellschaft untersucht. Auf diese Weise soll ein Maßstab ermittelt werden, anhand dessen dann die möglichen Einstellungsunterschiede der bundeswehraffinen Befragten/potenziellen Bewerber diagnostiziert und bewertet werden können.

4.1 Die zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen verwendeten Skalen und Items

Im einleitenden Kapitel zu den Erscheinungsformen und Entstehungsbedingungen von Rechtsextremismus in Deutschland ist dargelegt worden, wie schwer eine exakte wissenschaftliche Erfassung dieses Phänomens und seine Operationalisierung in sozialwissenschaftlichen Forschungsinstrumenten fällt. Als gesichert kann aber angenommen werden, dass übersteigerter Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit zu den konstitutiven Elementen des Konstrukts Rechtsextremismus zählen. Daher wurden in die Bevölkerungsumfrage 2000 je eine Skala zur Erfassung dieser Merkmale aufgenommen:

Nationalismus-Skala nach Weiss/Donat/Latcheva	Fremdenfeindlichkeitsskala nach Widler/Haltiner
<p>a) <i>Man soll anderen Ländern nur helfen, wenn das eigene Land einen Vorteil davon hat.</i></p> <p>b) <i>Die oberste Pflicht jedes jungen Deutschen ist es, die nationale Geschichte und ihr Erbe zu ehren.</i></p> <p>c) <i>Aufgrund unserer geschichtlichen Erfahrungen sollten wir ein viel größeres Maß an Mitsprache in internationalen Angelegenheiten haben.</i></p> <p>d) <i>Wenn unsere Nachbarn des ehemaligen Ost blocks mehr von dem umsetzen würden, was wir ihnen vormachen, ginge es ihnen wesentlich besser.</i></p> <p>Items a, b und c stammen aus einer Itematterie von Weiss, Donat & Latcheva zur Erfassung der Konstrukte Nationalismus, Patriotismus und Bürgerrechte (Civil Rights) in Österreich. In Item b wurde aus dem ursprünglichen „jungen Österreicher“ ein „junger Deutscher“. Das Item d wurde völlig neu formuliert.</p> <p>Die Instruktion wurde (abgesehen von einer Änderung: „Deutschland“ statt „Österreich“) wörtlich übernommen.</p> <p>„Es geht im folgenden um Meinungen zu Deutschland und die Rolle, die es international spielt. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie sehr diese Aussage Ihrer Ansicht nach zutrifft oder nicht zutrifft. Bitte geben Sie eine Note von 1 bis 5. Note 1 bedeutet „trifft sehr zu“, Note 5 bedeutet „trifft überhaupt nicht zu“.</p>	<p>a) <i>Ausländische Minderheiten bereichern unsere Kultur.</i></p> <p>b) <i>Der Öffentlichkeit sollte verstärkt klargestellt werden, wie Ausländer hier unter Benachteiligungen leiden.</i></p> <p>c) <i>Deutschland ist durch viele Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.</i></p> <p>d) <i>Ich könnte mir vorstellen, jemanden aus einem fremden Land als FreundIn oder EhepartnerIn zu haben.</i></p> <p>e) <i>In Deutschland lebende Ausländer sollten ihren Lebensstil besser an den der Deutschen anpassen.</i></p> <p>f) <i>Die weiße Rasse ist allen anderen Rassen überlegen.</i></p> <p>g) <i>Mir würde es nichts ausmachen, wenn ich Bürger (bzw. Bürgerin) eines anderen Landes wäre.</i></p> <p>Den Befragten werden zur Stellungnahme vier Antwortmöglichkeiten angeboten:</p> <p>1) <i>stimme voll und ganz zu</i></p> <p>2) <i>stimme eher zu</i></p> <p>3) <i>stimme eher nicht zu</i></p> <p>4) <i>stimme überhaupt nicht zu</i></p> <p>In den Items c und e wurde „Schweiz“ bzw. „Schweizer“ durch Deutschland bzw. Deutsche ersetzt.</p>
<p>Zur Auswertung wurde die Note 1 mit fünf Punkten, Note 2 mit vier Punkten, Note 3 mit drei Punkten, Note 4 mit zwei Punkten und Note 5 mit einem Punkt gewertet. Höhere Punktsommen lassen daher auf verstärkte nationalistische Einstellungen schließen.</p>	<p>Die Antworten werden nach dem Grad ihrer Ausländerfeindlichkeit bewertet. Maximal erhält ein Item vier Punkte (= sehr ausländerfeindliche Antwort), minimal einen Punkt (= sehr ausländerfreundliche Antworttendenz). 7 Punkte bezeichnen eine sehr ausländerfreundliche, 28 Punkte eine extrem ausländerfeindliche Einstellung.</p>

Die politische Grundhaltung der Befragten wurde mit den folgenden zwei Items ermittelt:

Politische Selbsteinschätzung	Parteipräferenz
<i>Jeder hat eine bestimmte politische Grundhaltung, die man üblicherweise als „links“, „Mitte“ oder „rechts“ bezeichnet. Wie ist das bei Ihnen, wo würden Sie sich auf dieser Skala einstufen?</i>	<i>Ich lese Ihnen nun einige Parteien in Deutschland vor. Von welcher würden Sie sagen, dass sie am ehesten Ihre politische Grundhaltung wiedergibt?</i>
<i>1 links</i>	<i>CDU</i>
<i>2</i>	<i>CSU</i>
<i>3</i>	<i>SPD</i>
<i>4 Mitte</i>	<i>FDP</i>
<i>5</i>	<i>Bündnis 90/Die Grünen</i>
<i>6</i>	<i>PDS</i>
<i>7 rechts</i>	<i>DVU/Republikaner/NPD</i>
	<i>Keine der Parteien</i>

Die hier verwendeten Skalen und Items stellen kein umfassendes Instrumentarium zur Messung von Rechtsextremismus dar. Mit Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit sind aber zwei zentrale Dimensionen des Rechtsextremismus angesprochen, die zudem die einschlägigen Vorfälle in Deutschland in besonderer Weise kennzeichnen. Sowohl die Korrelation beider Skalen mit einander als auch mit „Politische Selbsteinschätzung“ ist jeweils auf dem Niveau von 0,01 signifikant.

Tabelle 1: Korrelationskoeffizienten (Spearman-Rho)

Gesamtstichprobe			
	Nat.-Skala	Fremd.-Skala	Polit. SE
Nat.-Skala	1.000	.468	.201
Fremd.-Skala	.468	1.000	.250
Polit. SE	.201	.250	1.000

Tabelle 2: Präferenz rechtsextremer Parteien vs. Skalenwerte und Politische Selbsteinschätzung

Gesamtstichprobe							
	Parteiopr.	N	M	s	Mittlerer Rang		
Nat.-Skala	andere	1.690	12,37	3,15	852,97	Chi-Quadrat	18,124
	DVU	28	15	2,85	1.253,34	df	1
	gesamt	1.718	12,42	3,16		Asympt. Sig.	.000
Fremd.-Skala	andere	1.679	16,73	3,81	844,08	Chi-Quadrat	44,427
	DVU	29	22,66	3,92	1.457,66	df	1
	gesamt	1.708	16,83	3,89		Asympt. Sig.	.000
Polit. SE	andere	1.696	3,72	1,01	851,76	Chi-Quadrat	60,698
	DVU	29	5,66	1,14	1.520,33	df	1
	gesamt	1.725	3,75	1,05		Asympt. Sig.	.000

Personen, die sich zu rechtsextremen Parteien bekennen weisen signifikant höhere Werte in der Nationalismus- bzw. der Ausländerskala auf und sie ordnen sich selbst sehr viel weiter rechts ein als Personen, die sich anderen Parteien zugehörig fühlen. Es wird daher im Rahmen dieser Untersuchung als zulässig angesehen, von hohen Werten auf diesen Skalen auf das Vorhandensein des Gesamtkonstrukts „Rechtsextremismus“ bei den Befragten zu schließen.

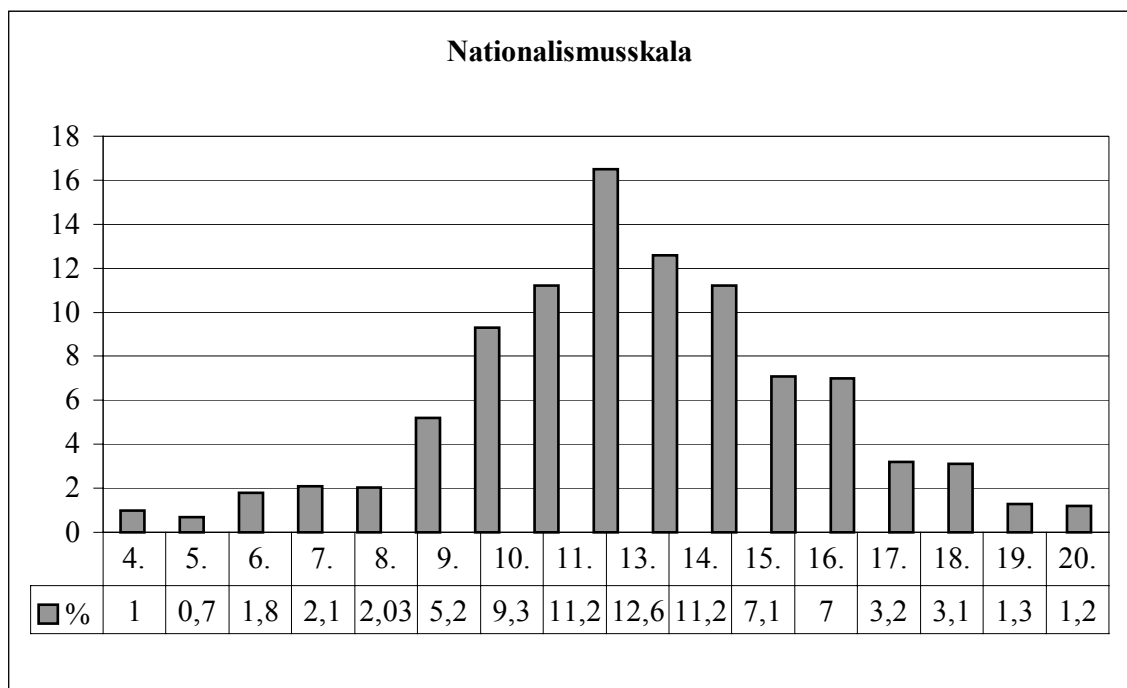
4.2 Skalen- bzw. itembezogene Ergebnisse

Die statistische Signifikanzüberprüfung von Unterschieden in der Antwortverteilung zwischen den betrachteten Gruppen hinsichtlich sowohl der Nationalismus- als auch der Ausländerskala wurde ausschließlich mit dem Kruskal-Wallis-Test durchgeführt. Dieses statistische Prüfverfahren ist als das „verteilungsfreie Analogon zur einfaktoriellen parametrischen Varianzanalyse anzusehen und wird deshalb als *Rangvarianzanalyse* bezeichnet“ (Bortz et al. 1990: 222). Dieses Verfahren bietet sich für die Bearbeitung der im Rahmen dieser Untersuchung gewonnenen Daten an, weil die Darstellung der in den Interviews gegebenen Antworten ausschließlich auf Ordinal- oder Rangskalen-

niveau erfolgte. Der Kruskal-Wallis-Test vergleicht die Werte einer Variablen in verschiedenen Fallgruppen miteinander. Der Test betrachtet jede Fallgruppe als unabhängige Stichprobe. Er erstellt zunächst eine gemeinsame Rangfolge aller Werte der verschiedenen Stichproben. Dabei erhält jeder Variablenwert entsprechend seiner Position in der Rangordnung einen Rangwert. Danach werden für die einzelnen Kategorien getrennt die Mittleren Rangwerte berechnet. Abschließend testet der Kruskal-Wallis-Test die Nullhypothese. Diese sagt aus, dass die Mittleren Rangwerte in den einzelnen Gruppen gleich seien. Anhand des errechneten Signifikanzwertes kann entschieden werden, ob die Nullhypothese bestätigt oder verworfen werden kann.

4.2.1 Werte der Gesamtstichprobe

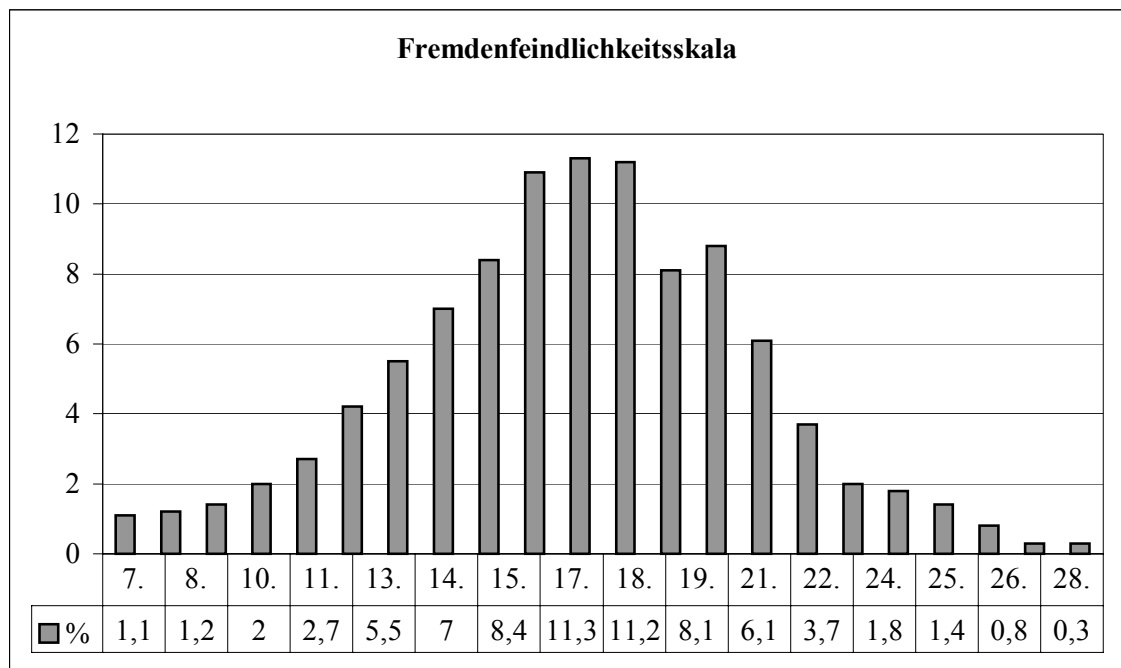
Diagramm 1: Verteilung der Punktsummen bei der Nationalismusskala



Die von den Befragten in der repräsentativen Stichprobe erreichten Punktwerte stellen sich über die gesamte Skalenbreite annähernd normal verteilt dar. Bei der Gesamtstichprobe beträgt der Mittelwert der Punktsummen 12,32 Punkte, die Standardabweichung 3,09.

Rund neun Prozent (8,8 %) der Befragten erreichen Punktschichten, die im obersten Viertel der Verteilung liegen. Sie zeigen damit ein Antwortverhalten, dem nicht ein aufgeklärter Patriotismus zugrunde liegt, sondern das von ausgeprägten nationalistischen Einstellungen sowohl hinsichtlich der Einschätzung der historischen und kulturellen Identität Deutschlands als auch seiner politischen Rolle im internationalen Kontext getragen wird. Die ermittelten Werte lassen jedoch weiter erkennen, dass nationale Einstellungen bei den Befragten insgesamt recht hoch im Kurs stehen und die Bereitschaft, sich zu entsprechenden Denkfiguren zu bekennen, stark ausgeprägt ist. Dieser Befund soll im Folgenden unter Heranziehung von sozio-demografischen Variablen noch weiter analysiert werden.

Diagramm 2: Verteilung der Punktschichten bei der Fremdenfeindlichkeitsskala

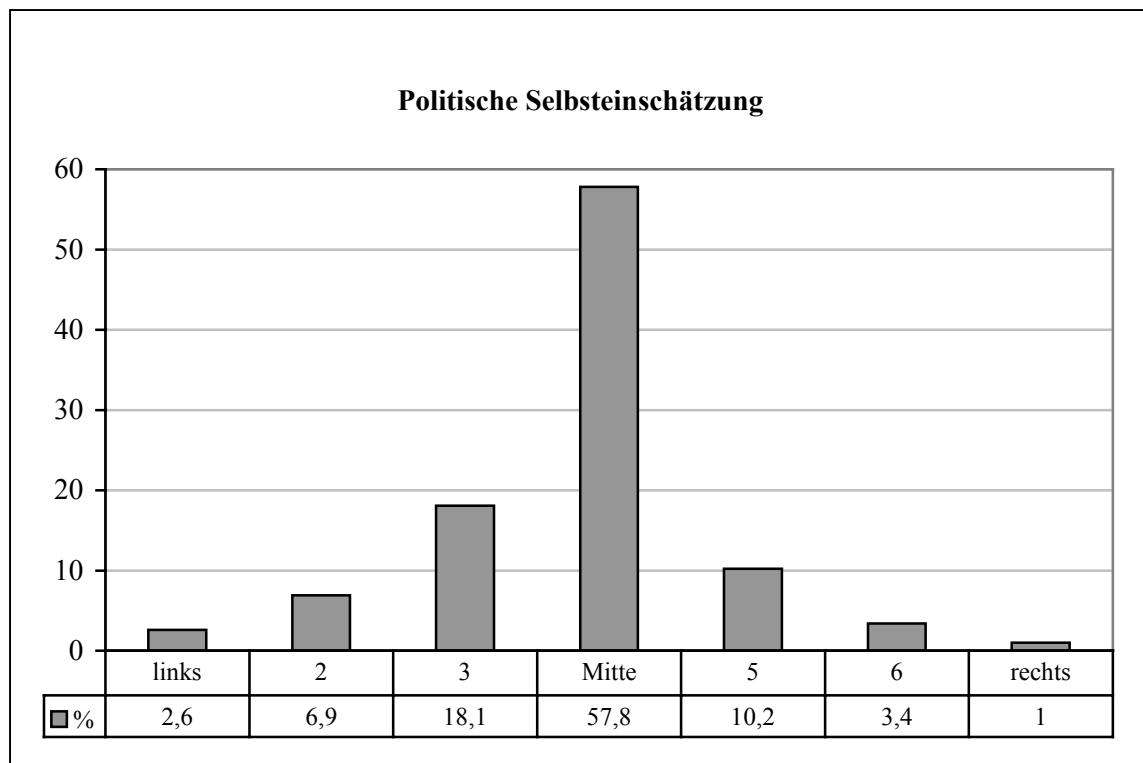


Wie bei der Nationalismusskala stellen sich auch bei der Fremdenfeindlichkeitsskala die von den Befragten erreichten Punktwerte in etwa normalverteilt dar. Der Skalenmittelwert der Gesamtstichprobe liegt bei 16,91 Punkten, die Standardabweichung beträgt 3,85 Punkte.

Von allen Befragten erreichen 10,2 % jeweils Werte von mindestens 21 Punkten. Bei einem solchen Antwortverhalten kann auf das Vorhandensein von ausgeprägter Skepsis bzw. Ablehnungshaltung gegenüber Fremden geschlossen werden. Die Skala erlaubt

aufgrund ihres größeren und vielschichtigeren Itembestandes die Differenzierung von Einstellungen innerhalb eines Spektrums, das sich von einer ausgeprägt fremdenfreundlichen und weltoffenen Einstellung über eine eher skeptische Haltung bis hin zur strikten Ablehnung von Fremden mit rassistischen Zügen erstreckt. Grosso modo können die der Gesamtstichprobe zugrunde liegenden Daten dahingehend interpretiert werden, dass deutlich bis gemäßigt freundliche Einstellungen bis hin zu eher skeptischen Haltungen gegenüber Fremden und Ausländern überwiegen. Eine ausgeprägte Fremdenfeindlichkeit findet demgegenüber nur wenige Befürworter.

Diagramm 3: Politische Selbsteinschätzung der Gesamtstichprobe



Die Selbsteinschätzung der politischen Grundhaltung auf einem „links-rechts-Kontinuum“ ist bei Umfragen ein bewährtes und akzeptiertes Verfahren, wie dies auch im vorliegenden Fall durch die hohe Antwortbereitschaft belegt wird: nur 1,9 % aller Befragten machten bei diesem Item keine Angaben.

Die ausgeprägte Tendenz zur Mitte dürfte die politische Grundhaltung in der deutschen Gesellschaft realitätsnah widerspiegeln. Insgesamt stuften sich 57,8 % aller Befragten dort ein. Eine Position links von der Mitte wählten 27,6 %, rechts von der Mitte sahen

sich 14,6 %. Diese drei Positionen zur politischen Selbsteinschätzung liegen auch den Tabellen 3 und 4 zugrunde. Bei den Befunden sowohl zur Nationalismusskala wie auch zur Fremdenfeindlichkeitsskala zeigt sich übereinstimmend, dass Befragte, die sich links von der Mitte einordnen, die niedrigsten Werte erzielen, während jene, die sich zu rechten Positionen bekennen, auf die höchsten Werte kommen. Die Unterschiede zwischen den Skalenwerten der drei Gruppen sind hochsignifikant.

Tabelle 3: Politische Selbsteinschätzung vs. Nationalismusskala

Gesamtstichprobe				
	N	M	s	Mittlerer Rang
links	646	11,56	3,35	1.010,1
Mitte	1.361	12,42	2,84	1.183,23
rechts	339	13,65	2,99	1.445,81
gesamt	2.346	12,36	3,08	

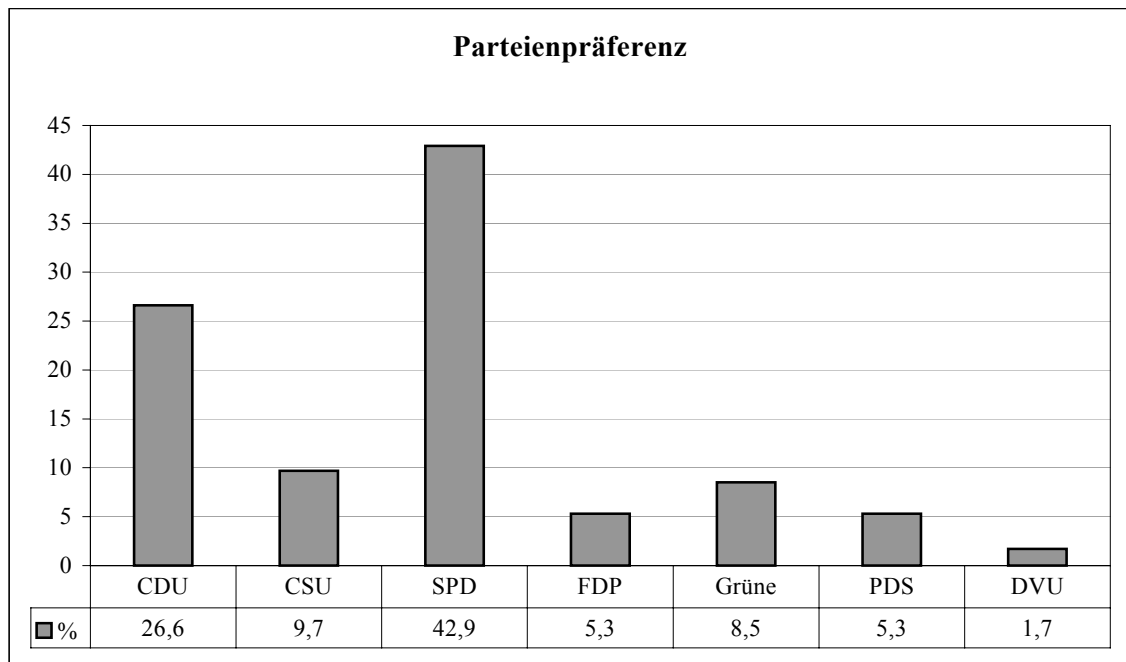
Chi-Quadrat 93,721
df 2
Asymptotische Signifikanz .000

Tabelle 4: Politische Selbsteinschätzung vs. Fremdenfeindlichkeitsskala

Gesamtstichprobe				
	N	M	s	Mittlerer Rang
links	645	15,48	4,17	930,38
Mitte	1.346	17,2	3,5	1.214,1
rechts	340	18,52	3,65	1.422,58
gesamt	2.331	16,92	3,85	

Chi-Quadrat 136,267
df 2
Asymptotische Signifikanz .000

Diagramm 4: Parteienpräferenz



Die Parteienpräferenz zeigt ein deutliches Bekenntnis zu den demokratischen, im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien. Die rechtsextremen Parteien NPD, Republikaner und DVU (in Diagramm 4 unter „DVU“ zusammengefasst), finden nur bei einem verschwindend kleinen Teil der Befragten Anklang. Die Anhänger der rechtsextremen Parteien erzielen die mit großem Abstand höchsten Punktwerte auf der Nationalismus- bzw. Fremdenfeindlichkeitsskala und unterscheiden sich in dieser Hinsicht signifikant von den Sympathisanten anderer Parteien.

Allerdings muss bei diesem Befund berücksichtigt werden, dass mit 27,3 Prozent mehr als ein Viertel aller Befragten die Mitarbeit bei diesem Item verweigerten („Von welcher Partei würden Sie sagen, dass sie am ehesten Ihre politische Grundhaltung wiedergibt?“).

4.2.2 Verteilung nach demografischen Daten

Im folgenden Abschnitt sollen unter Hinzuziehung soziodemografischer Daten die Verteilung der Punktskalamer der Nationalismusskala einer eingehenderen Analyse unterworfen und das Antwortverhalten auf die Fremdenfeindlichkeitsskala weiter differenziert werden:

Geschlecht

Auf der Nationalismusskala erreichen Männer und Frauen jeweils exakt den gleichen Mittelwert von 12,37. Bei der Fremdenfeindlichkeitsskala beträgt der Unterschied zwischen den Mittelwerten 0,12 Punkte. Die Verteilungsunterschiede sind nicht signifikant. Die Einstellungen Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit sind geschlechtsneutral.

Diagramm 5: Nationalismusskala

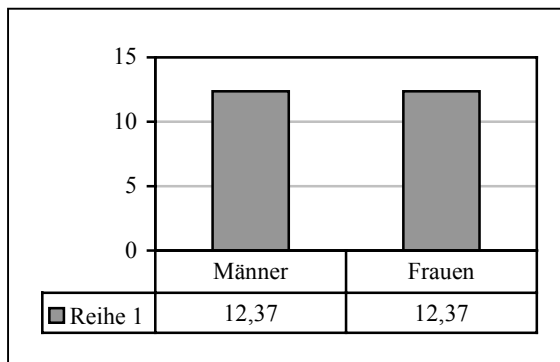
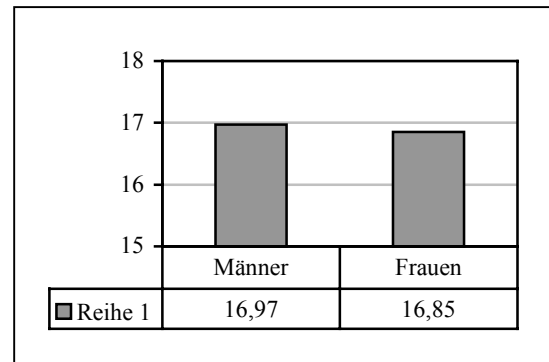


Diagramm 6: Fremdenfeindlichkeitsskala



Alter

Diagramm 7: Nationalismusskala

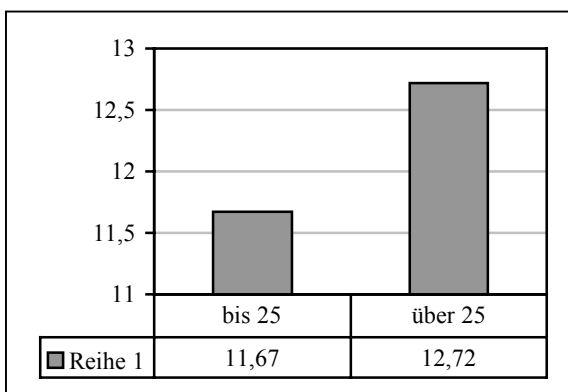
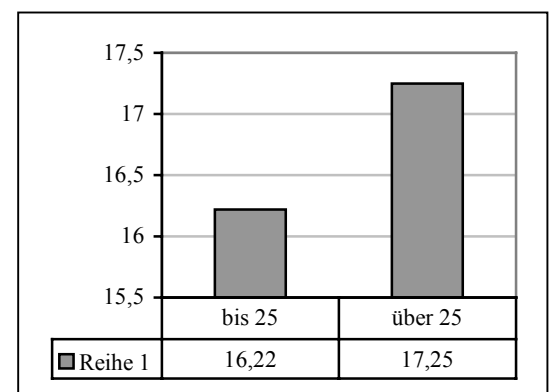


Diagramm 8: Fremdenfeindlichkeitsskala



Im Gegensatz zum Geschlecht können bei beiden Skalen deutliche Unterschiede zwischen den Werten der beiden Altersgruppen „bis 25 Jahre“ und „über 25 Jahre“ festgestellt werden. Die Überprüfung mit dem Kruskal-Wallis-Test zeigte, dass beide Unterschiede auf sehr hohem Niveau signifikant sind. Sowohl nationalistische als auch fremdenfeindliche Einstellungen sind in der älteren Generation stärker ausgeprägt als in der jüngeren Generation.

Angesichts der besonderen Rolle, die Manifestationen von Rechtsextremismus unter jungen Männern spielen, stellt sich die Frage, ob die oben konstatierte Geschlechtsneutralität der beiden untersuchten Einstellungsmuster auch dann noch zu beobachten ist, wenn nach Geschlecht und Alter differenziert wird.

Tatsächlich erreichen junge Männer auf der Nationalismusskala mit 11,73 Punkten einen nur um 0,12 Punkte höheren Mittelwert als die weiblichen Befragten der gleichen Altersgruppe (11,61). Ältere Frauen und Männer erreichen einen nahezu identischen, deutlich höheren Mittelwert von 12,72 bzw. 12,71. Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern innerhalb der Altersgruppen sind marginal, hochsignifikant hingegen die altersspezifischen Unterschiede.

Ein ganz ähnliches Bild bietet sich bei der Fremdenfeindlichkeitsskala. Hier erreichen junge Männer einen Mittelwert von 16,4 und junge Frauen einen Wert von 16,0. Auch hier sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern statistisch nicht signifikant. Hochsignifikant hingegen sind wiederum die altersspezifischen Unterschiede innerhalb der Geschlechtergruppen: Die Gruppe der älteren Männer kommt hier auf einen im Vergleich zu den jüngeren deutlich höheren Mittelwert von 17,28. Ältere Frauen unterscheiden sich mit einem Mittelwert von 17,23 ebenfalls sehr nachdrücklich von ihren jüngeren Geschlechtsgenossinnen.

Schulbildung

Diagramm 9: Nationalismusskala

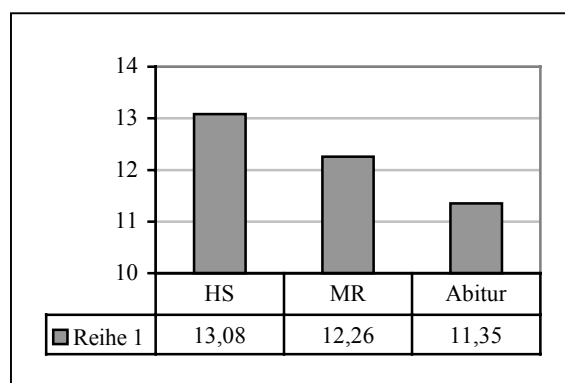
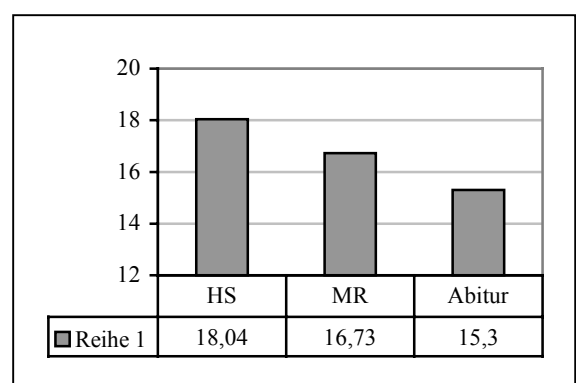


Diagramm 10: Fremdenfeindlichkeitsskala



Akzentuierter noch als beim Alter zeigen sich die Unterschiede nach dem Grad der Schulbildung. Hauptschulabsolventen erreichen auf beiden Skalen jeweils den höchsten Mittelwert (13,08 bzw. 18,04), Befragte mit Abitur kommen dagegen auf deutlich niedrigere Werte (11,35 bzw. 15,3). Befragte mit Mittlerer Reife liegen mit ihren Werten (12,26 bzw. 16,73) um den Mittelwert der Gesamtstichprobe. Auch bei der Differenzierung nach Schulbildung zeigt sich ein erkennbarer Einfluss des Alters: Ältere Hauptschulabsolventen erreichen mit einem Mittelwert von 13,32 auf der Nationalismusskala und 18,27 auf der Fremdenfeindlichkeitsskala die mit Abstand höchsten Mittelwerte, jeweils rund einen Punkt mehr als jüngere Hauptschulabsolventen (12,31 bzw. 17,29). Junge Abiturienten erreichen mit 11,06 den niedrigsten Wert auf der Nationalismusskala. Im Falle der Fremdenfeindlichkeitsskala liegen die jüngeren Abiturienten mit einem Wert von 15,40 sogar noch etwas über den älteren Befragten mit Abitur, die auf einen Mittelwert von 15,20 kommen. Dieser Unterschied ist nicht signifikant, gleichwohl aber interessant, zumal dieser Befund auch durch die Ergebnisse der Nationalismusskala gestützt wird. Auch hier unterscheiden sich jüngere und ältere Befragte mit Abitur nur marginal voneinander. Eine höhere schulische Bildung, vor allem aber wohl die durch diese eröffneten Lebens- und Berufsperspektiven schützen offenbar tendenziell vor der Entwicklung rechtsextremer Einstellungen.

Ost/West

Diagramm 11: Nationalismusskala

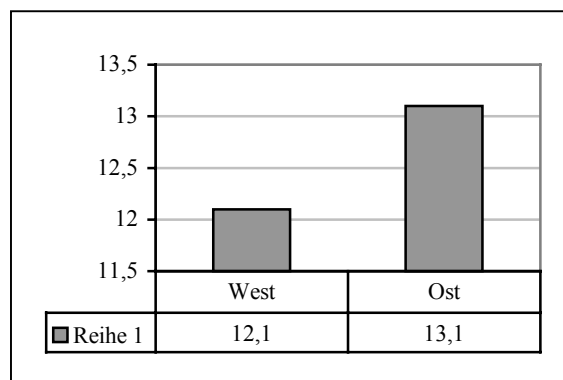
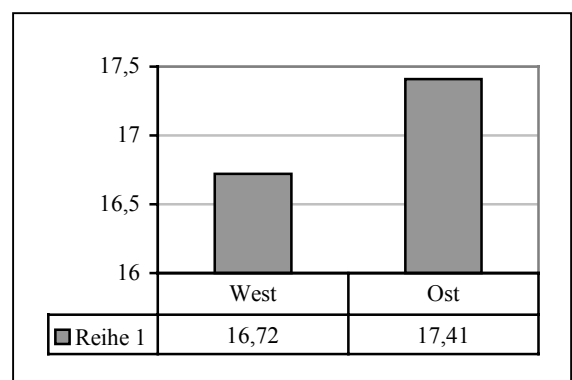


Diagramm 12: Fremdenfeindlichkeitsskala



Im Ost-West-Vergleich erreichen in der Gesamtstichprobe die Befragten aus den neuen Bundesländern auf beiden Skalen signifikant höhere Werte als Befragte, die im Gebiet der alten Bundesrepublik leben (siehe hierzu Tabelle 5 und Tabelle 6).

Tabelle 5: Ost-West-Herkunft vs. Nationalismusskala

Gesamtgruppe				
	N	M	s	Mittlerer Rang
West	1.755	12,1	3,04	1.140,14
Ost	633	13,1	3,11	1.345,21
gesamt	2.388	12,37	3,09	

Chi-Quadrat 41,617

df 1

Asymptotische Signifikanz .000

Tabelle 6: Ost-West-Herkunft vs. Fremdenfeindlichkeitsskala

Gesamtgruppe				
	N	M	s	Mittlerer Rang
West	1.740	16,72	3,95	1.157,32
Ost	632	17,41	3,5	1.266,84
gesamt	2.372	16,91	3,85	

Chi-Quadrat 11,937

df 1

Asymptotische Signifikanz .001

Zieht man das Alter der Befragten mit in die Analyse ein, zeigt sich die bekannte Tendenz älterer Befragter zu einer höheren Ausprägung von Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit. Innerhalb der Altersgruppen gibt es signifikante Ost-West-Unterschiede. Befragte bis 25 Jahre aus den alten Bundesländern liegen mit einem Mittelwert von 11,47 Punkten auf der Nationalismusskala und mit 15,95 Punkten auf der Fremdenfeindlichkeitsskala um rund 0,8 bzw. mehr als 1 Punkt unter den entsprechenden Werten ihrer Altersgenossen aus den neuen Bundesländern (12,29 bzw. 17,03).

Bei den älteren Befragten sind die Unterschiede zwischen Ost und West dagegen nur auf der Nationalismusskala signifikant: Für die Befragten aus den alten Bundesländern

wurde ein Mittelwert von 12,43 ermittelt, für diejenigen aus den neuen Bundesländern ein Mittelwert von 13,47. Bei den Werten der Fremdenfeindlichkeitsskala konnte zwischen den älteren Befragten aus Ost und West kein signifikanter Unterschied festgestellt werden. Ein Mittelwert von 17,13 im Westen steht einem Wert von 17,58 im Osten gegenüber. Bemerkenswert erscheint weiterhin, dass die Werte der Fremdenfeindlichkeitsskala bei den ostdeutschen Befragten zwischen den Altersgruppen sich nicht signifikant unterscheiden. Zwar weisen ältere Befragte aus Ostdeutschland tendenziell stärkere Ausprägungen von Fremdenfeindlichkeit auf als jüngere (17,58 gegenüber 17,03) doch wird ein relevantes Signifikanz-Niveau nicht erreicht.

Neben Alter und Schulbildung ist somit die Herkunft der Befragten aus Ost- bzw. Westdeutschland ein deutlich unterscheidendes Merkmal bezüglich des Ausprägungsgrades von Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit.

4.2.3 Zusammenfassende Bewertung

Die Ergebnisse der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage spiegeln die Ausprägungen von Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland wider. Angesichts der breiten Mehrheit, die sich auf den mittleren Werten der beiden Skalen vereint, ist es sicherlich nicht angebracht, in Alarmismus zu verfallen. Diese Werte sind weit von den extremen Skalenrängen entfernt, die von einer kleinen Minderheit besetzt werden, welche sich als politisch rechtsstehend und als Anhänger rechtsextremer Parteien bezeichnet. Insbesondere bezüglich der Fremdenfeindlichkeitsskala überwiegt die Zahl der Befragten mit fremdenfreundlichen Einstellungen, deutlich die Zahl der skeptisch oder gar fremdenfeindlich Eingestellten. Gleichwohl weisen die hier ermittelten Befunde auf Tendenzen hin, die zu Sensibilität und Wachsamkeit mahnen. Dies gilt insbesondere für die relativ hohe Zustimmung, die die Items der Nationalismusskala erreichen.

Die Gruppe der älteren, formal weniger gebildeten Personen in den neuen Bundesländern weist nach den vorliegenden Ergebnissen die tendenziell höchste Anfälligkeit für rechtsextreme Orientierungsmuster auf. In dieser Gruppe dürften denn auch die tatsächlichen Verlierer der in den letzten Jahren erfolgten wirtschaftlichen und sozialen Veränderungsprozesse in Deutschland überproportional vertreten sein. Die Hinwendung zu

nationalistischen Denkfiguren kann dabei als Versuch aufgefasst werden, die Komplexität dieser Vorgänge auf ein begreifbares Maß zu reduzieren und zugleich die Verantwortung für diese Situation außenstehenden fremden Kräften und Mächten zuzuschreiben. Nationalismus entfaltet für die von realem oder befürchtetem Abstieg betroffenen Modernisierungsverlierer identitätsstabilisierende Funktionen.

Fremdenfeindlichkeit als böse Zwillingschwester des Nationalismus bezieht ihre pseudorationale Anziehungskraft zudem aus der Angst, der Konkurrenz ausländischer Arbeitskräfte nicht gewachsen zu sein. So ist es keineswegs verwunderlich, wenn diese Angst vorwiegend dort auftritt, wo sie einer realen Grundlage am meisten entbehrt. Sündenböcke sind in den wenigsten Fällen für die ihnen zugeschriebenen Fehlentwicklungen verantwortlich. Dass diese vermuteten Ängste aber kein ostdeutsches Spezifikum sind, zeigt die praktisch gleich starke Ablehnung von Fremden unter älteren Angehörigen der unteren Bildungsschicht auch in den alten Bundesländern. Fremdenfeindlichkeit ist im Osten des Landes stärker ausgeprägt als im Westen, sie ist jedoch kein alleiniges Problem der neuen Bundesländer.

Der Befund, dass ältere Befragte deutlich höhere Werte auf den Rechtsextremismus indizierenden Skalen erreichen, steht nicht im Widerspruch zu der Tatsache, dass rechtsextremistische Manifestationen vom Propagandadelikt bis hin zur Gewalttat vor allem ein Jugendphänomen ist. Einstellungen sind nicht gleichbedeutend mit Verhalten. Mit zunehmendem Alter steigt auch die soziale Anpasstheit, die wahrzunehmende Verantwortung durch die Einbindung in Familie und Beruf sowie die Fähigkeit, mögliche Konsequenzen von Handlungen zu bedenken. Neben die strafrechtliche Sanktionsdrohung tritt im Falle devianten bzw. delinquenten Verhaltens auch die Gefahr des Verlustes dieser tragenden Strukturen. Bei Jugendlichen sind diese verhaltensmoderierenden Faktoren in der Regel weniger stark ausgeprägt, so dass die Schwelle zur Verletzung gesellschaftlicher Normen und Tabus bis hin zur Gewaltanwendung schneller und ohne Berücksichtigung möglicher Konsequenzen überschritten wird. Im Falle des Rechtsextremismus ist jedoch – zumindest in den dafür anfälligen Milieus – eine verhängnisvolle Wechselwirkung zwischen latenter Gewaltbereitschaft Jugendlicher und nationalistischen bzw. fremdenfeindlichen Einstellungen der älteren Generation zu vermuten. Statt mit ihren Aktionen auf Ablehnung in ihrem sozialen Umfeld zu stoßen, treffen die Jungen oftmals auf Sympathie oder Verständnis. Die so erfahrene Bestäti-

gung verstärkt fatale Lernprozesse bis hin zu der Überzeugung, Vollstrecker der Empfindungen und Meinungen einer sogenannten schweigenden Mehrheit zu sein. Unrechtsbewusstsein kann sich in einer solchen Konstellation nur selten entwickeln. Diese Bestätigung durch rechtsextreme Einstellungen der älteren Generation macht Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit zu einer gesamtgesellschaftlichen Herausforderung. Die Erwachsenen können sich ihrer Verantwortung nicht allein durch den Verweis auf das jugendliche Alter der rechtsextremen Straftäter und auf mehr oder weniger erfolgversprechende Aussteigerprogramme aus den einschlägigen Jugendszenen entziehen. Gerade der deutlich niedrigere Zuspruch, den rechtsextreme Einstellungsmuster bei Jugendlichen finden, zeigt, dass Rechtsextremismus in Deutschland auch und zuvorderst ein Problem der Erwachsenengenerationen ist.

Der hohe Stellenwert, den Bildung bei der Eindämmung von Rechtsextremismus einnimmt, macht verstärkte Anstrengung im Bereich der aufklärenden und werteorientierten Jugendarbeit sinnvoll und erforderlich. Jugendliche sind mit institutionalisierten und möglicherweise auch freiwilligen Bildungsangeboten leichter zu erreichen als Erwachsene. Auch ist bei Jugendlichen der Prozess ihrer persönlichen Entwicklung noch nicht abgeschlossen, so dass alternative Orientierungsangebote bei ihnen noch die größte Aussicht auf Erfolg haben. Es kann aber nicht deutlich genug unterstrichen werden, dass weder Aufklärung noch staatliche Repression allein zur Bewältigung dieser gesellschaftlichen Herausforderung ausreichen. Erst wenn eine gesamtgesellschaftliche politische Kultur hergestellt wird, die Manifestationen von Rechtsextremismus toleranzlos begegnet, kann diese Gefahr als überwunden angesehen werden.

4.3 Rechtsextreme Einstellungen und Bundeswehraffinität

Im vorangegangenen Abschnitt wurde die Verteilung rechtsextremer Orientierungsmuster in der deutschen Gesellschaft analysiert. Vor diesem Hintergrund soll nun im Folgenden die Annahme überprüft werden, dass ein signifikanter Zusammenhang zwischen Bundeswehraffinität und rechtsextremen Orientierungen besteht. Nach dieser Annahme müssten Personen, die eine positive Einstellung zur Bundeswehr haben bzw. sich den freiwilligen Dienst in der Bundeswehr vorstellen können, hohe Werte auf den beiden Skalen erreichen und sich politisch rechts einstufen. Das Ergebnis dieser Überprüfung

ist deshalb von Bedeutung, weil Informationen über die Ausprägungen rechtsextremer Einstellungen im potenziellen Bewerberaufkommen eine Grundlage für die Optimierung derjenigen Testverfahren und Auswahlkriterien bildet, durch die Rechtsextremisten vom Dienst in den Streitkräften ausgeschlossen werden können.

Zur Erfassung bundeswehraffiner Einstellungen sind in der SOWI-Bevölkerungsumfrage 2000 folgende Items verwendet worden:

Items	Bemerkungen
<p><i>Wenn sie nun einmal an die Bundeswehr denken: Wie ist Ihre generelle Einstellung zur Bundeswehr?</i></p> <p><i>1 positiv</i> <i>2 eher positiv</i> <i>3 eher negativ</i> <i>4 negativ</i></p>	<p>Dieses Item wurde allen Befragten vorgelegt. Da sich das Interesse dieses Untersuchungsschrittes auf potenzielle Bewerber für den freiwilligen Dienst in der Bundeswehr richtet, werden für die Auswertung nur die Antworten der Befragten bis einschließlich 25 Jahre berücksichtigt.</p>
<p><i>Angenommen, Sie würden die notwendigen schulischen und körperlichen Voraussetzungen mitbringen, könnten Sie sich vorstellen, sich freiwillig als Soldat bei der Bundeswehr zu verpflichten?</i></p> <p><i>1 ja, sicher</i> <i>2 ja, unter Umständen</i> <i>3 nein, eher nicht</i> <i>4 nein, sicher nicht</i> <i>5 weiß nicht/keine Antwort</i></p>	<p>Dieses Item wurde nur jungen Männern bis einschließlich 25 Jahre vorgelegt.</p>
<p><i>Ab dem 01.01.2001 können Frauen in allen Bereichen der Bundeswehr als Soldatin eingesetzt werden. Angenommen, Sie würden die notwendigen schulischen und körperlichen Voraussetzungen mitbringen, könnten Sie sich vorstellen, sich freiwillig als Soldatin bei der Bundeswehr zu verpflichten?</i></p> <p><i>1 ja, sicher</i> <i>2 ja, unter Umständen</i> <i>3 nein, eher nicht</i> <i>4 nein, sicher nicht</i> <i>5 weiß nicht/keine Antwort</i></p>	<p>Dieses Item wurde nur jungen Frauen bis einschließlich 25 Jahre vorgelegt.</p>

4.3.1 Generelle Einstellung zur Bundeswehr

Tabelle 7: Einstellung zur Bundeswehr vs. Skalenwerte und politische Selbsteinschätzung von Männern bis 25 Jahre

Nationalismusskala						
	N	M	s	Mittlerer Rang		
positiv	94	13	2,84	264,05		
eher positiv	180	11,78	2,83	213,37		
eher negativ	115	10,99	3,01	185,27	Chi-Quadrat	29,324
negativ	35	10,23	3,5	159,09	df	3
gesamt	424	11,71	3,05		Asympt. Sig.	.000
Fremdenfeindlichkeitskala						
	N	M	s	Mittlerer Rang		
positiv	92	17,79	3,74	251,75		
eher positiv	183	16,52	3,62	215,28		
eher negativ	114	15,85	4,08	199,93	Chi-Quadrat	24,629
negativ	35	13,97	4,29	135,74	df	3
gesamt	424	16,41	3,95		Asympt. Sig.	.000
Politische Selbsteinschätzung						
	N	M	s	Mittlerer Rang		
positiv	93	4,17	1	246,01		
eher positiv	184	3,9	0,76	216,05		
eher negativ	113	3,73	1,01	200,93	Chi-Quadrat	22,402
negativ	35	3,29	1,38	148,24	df	3
gesamt	425	3,86	0,97		Asympt. Sig.	.000

Die Gruppe der jungen Männer mit ausgeprägt positiven Einstellungen zur Bundeswehr erreicht auf beiden Skalen jeweils die höchsten Werte. Auf der Nationalismusskala beträgt ihr Mittelwert 13,00 Punkte. Angesichts der allgemein recht hohen Zustimmung, die nationalistische Aussagen unter den Befragten erreichen, ist diese Tendenz bei den erklärten Bundeswehrebefürwortern doch sehr beachtlich. Bemerkenswert ist aber auch der deutliche Unterschied zur Gruppe derer, die eine eher positive Einstellung zur

Bundeswehr äußern. Sie ist mit 180 von insgesamt 424 befragten jungen Männern die mit großem Abstand umfangreichste Gruppe und weist einen Mittelwert aus, der in etwa dem der jüngeren Befragten insgesamt entspricht. Die niedrigsten Werte auf der Skala weisen mit 10,99 und 10,23 die jungen Männer auf die der Bundeswehr gegenüber eher negativ bis negativ eingestellt sind. Die Werte der einzelnen Gruppen unterscheiden sich auf höchstem Signifikanzniveau (siehe Tabelle 7).

Im Falle der Fremdenfeindlichkeitsskala erreichen die der Bundeswehr gegenüber positiv eingestellten Befragten zwar den höchsten Mittelwert, doch liegt dieser weit von jenen extremen Antwortmustern entfernt, die auf konsistente Fremdenfeindlichkeit schließen lassen. Auffallend ist – wie bei der Nationalismusskala – der deutliche Unterschied zu den Befragten mit moderat positiven Einstellungen zur Bundeswehr. Diese weisen einen der Altersgruppe entsprechenden Mittelwert auf. Deutlich abgesetzt finden sich wiederum die jüngeren Männer, die der Bundeswehr kritisch gegenüberstehen. Auch hier unterscheiden sich die Werte der einzelnen Gruppen auf dem gleichen Signifikanzniveau wie bei der Nationalismusskala.

Bezüglich der politischen Selbsteinschätzung zeigt sich, dass sich die uneingeschränkt positiv zur Bundeswehr Eingestellten ganz überwiegend in der politischen Mitte ansiedeln. Dieser Befund verdeutlicht, dass nationalistische Einstellungen und verhaltene Skepsis gegenüber Fremden in der politischen Selbstperzeption der Befragten durchaus nicht als „rechte“ Einstellungen wahrgenommen werden müssen. Die Unterschiede zwischen den Werten der Vertreter der unterschiedlichen Einstellungen zur Bundeswehr sind hochsignifikant.

Tabelle 8: Einstellung zur Bundeswehr vs. Skalenwerte und politische Selbsteinschätzung von Frauen bis 25 Jahre

Nationalismusskala						
	N	M	s	Mittlerer Rang		
positiv	54	12,39	3,02	208,57		
eher positiv	192	11,9	2,64	196,39		
eher negativ	103	11,22	3,13	171,7	Chi-Quadrat	18,236
negativ	22	9,36	4,27	106,89	df	3
gesamt	371	11,63	3,02		Asympt. Sig.	.000
Fremdenfeindlichkeitsskala						
	N	M	s	Mittlerer Rang		
positiv	52	15,62	3,99	173,88		
eher positiv	189	16,57	3,52	197,9		
eher negativ	101	15,74	3,91	171,69	Chi-Quadrat	13,273
negativ	22	13,23	5,25	120,16	df	3
gesamt	364		3,89		Asympt. Sig.	.004
Politische Selbsteinschätzung						
	N	M	s	Mittlerer Rang		
positiv	53	4	0,85	209,22		
eher positiv	193	3,87	0,89	195,99		
eher negativ	103	3,54	1	167,12	Chi-Quadrat	16,673
negativ	22	3,14	1,21	130,8	df	3
gesamt	371	3,75	0,96		Asympt. Sig.	.001

Bei den Frauen bis 25 Jahre zeigt sich bei den Werten der Nationalismusskala ein ähnliches Bild wie bei den jungen Männern: je positiver die Haltung zur Bundeswehr ist, desto höher liegen die Skalenwerte. Ebenso verhält es sich mit der politischen Selbsteinschätzung: je positiver die Haltung zur Bundeswehr, desto stärker ist die Tendenz nach rechts. Dagegen zeigen die Werte der Fremdenfeindlichkeitsskala bei jungen Frauen keine solche eindeutige Beziehung zu ihren Einstellungen zur Bundeswehr.

4.3.2 Potenzielle Bereitschaft zum freiwilligen Dienst in der Bundeswehr

Tabelle 9: Bereitschaft Bw-Soldat zu werden vs. Skalenwerte und politische Selbsteinschätzung von Männern bis 25 Jahre

Können Sie sich vorstellen, Bw-Soldat zu werden?						
Nationalismusskala						
	N	M	s	Mittlerer Rang		
ja, sicher	73	13,12	2,9	268,29		
ja, u. U.	74	12,22	2,72	233,64		
nein, eher nicht	79	11,72	2,98	214,01		
nein, sicher nicht	144	10,77	3,05	175,61	Chi-Quadrat	30,314
weiß nicht	57	11,74	2,98	215,95	df	4
gesamt	427	11,73	3,05		Asympt. Sig.	.000
Fremdenfeindlichkeitsskala						
ja, sicher	71	17,38	3,9	241,53		
ja, u. U.	74	17,22	3,45	240,68		
nein, eher nicht	80	16,45	3,86	213,21		
nein, sicher nicht	146	15,51	4,02	186,88	Chi-Quadrat	14,215
weiß nicht	55	16,36	4,08	211,85	df	4
gesamt	426	16,4	3,94		Asympt. Sig.	.007
Politische Selbsteinschätzung						
ja, sicher	72	4,13	1,14	241,83		
ja, u. U.	74	4,05	0,76	232,83		
nein, eher nicht	80	3,8	0,83	204,91		
nein, sicher nicht	146	3,68	1,02	199,94	Chi-Quadrat	9,924
weiß nicht	56	3,82	0,99	206,8	df	4
gesamt	428	3,86	0,98		Asympt. Sig.	.042

Dass positive Einstellungen zur Bundeswehr nicht gleichbedeutend sind mit der Bereitschaft, auch einen Beruf in den Streitkräften zu ergreifen, liegt auf der Hand und wird auch durch das Antwortverhalten der Befragten bestätigt. Während rund zwei Drittel der Befragten positive oder eher positive Einstellungen zur Bundeswehr äußern, kann sich nur etwa ein Drittel sicher oder unter Umständen vorstellen, in der Bundeswehr freiwillig

lig Dienst zu leisten. Erhalten bleibt jedoch die Tendenz im Antwortverhalten auf die beiden Skalen und die politische Selbsteinschätzung. Auf der Nationalismusskala liegt der Mittelwert derer, die sich eine freiwillige Meldung sicher vorstellen, bei 13,12. Mit zunehmender Identifikation mit der Bundeswehr verstärken sich die nationalistischen Einstellungen und heben sich potenzielle Bewerber für den Dienst in den Streitkräften weiter vom Durchschnitt ihrer Altersgruppe, aber auch dem der Gesamtgesellschaft ab. Bezüglich der Fremdenfeindlichkeitsskala gilt in etwa das gleiche, was oben im Zusammenhang mit den generellen Einstellungen zur Bundeswehr festgehalten wurde. Hier unterscheiden sich potenzielle Bewerber für den Dienst in der Bundeswehr zwar von denjenigen, die sich einen solchen Schritt nicht vorstellen können, doch sind hier wiederum keine alarmierenden Werte zu verzeichnen. Wie im Falle der Gesamtgesellschaft auch unterscheiden sich potenzielle männliche Bewerber von Nicht-Bewerbern nicht im Grad ihrer Zustimmung zu fremdenfeindlichen Statements, sondern eher im Grad ihrer Ablehnung. Hinsichtlich ihrer politischen Selbsteinschätzung liegen die potenziellen Bewerber für den freiwilligen Dienst in der Mitte des links-rechts-Kontinuums.

Tabelle 10: Bereitschaft Bw-Soldat zu werden vs. Skalenwerte und politische Selbsteinschätzung von Frauen bis 25 Jahre

Können Sie sich vorstellen, Bw-Soldatin zu werden?						
Nationalismusskala						
	N	M	s	Mittlerer Rang		
ja, sicher	22	11,82	3	190,2		
ja, u. U.	35	12,09	2,36	204,86		
nein, eher nicht	49	12,04	2,58	212,24		
nein, sicher nicht	197	11,42	3,16	180,69	Chi-Quadrat	4,274
weiß nicht	73	11,55	3,18	185,29	df	4
gesamt	376	11,61	3,01		Asympt. Sig.	.370
Fremdenfeindlichkeitsskala						
ja, sicher	22	14,82	4,41	158,09		
ja, u. U.	34	15,76	3,57	175,16		
nein, eher nicht	49	16,59	3,34	200,89		
nein, sicher nicht	193	15,97	4,06	182,69	Chi-Quadrat	3,108
weiß nicht	70	16,14	3,69	190,86	df	4
gesamt	368	16	3,88		Asympt. Sig.	.540
Politische Selbsteinschätzung						
ja, sicher	22	3,73	1,35	186,66		
ja, u. U.	35	3,97	0,89	208,74		
nein, eher nicht	49	3,73	0,7	184		
nein, sicher nicht	198	3,68	0,96	183,08	Chi-Quadrat	2,845
weiß nicht	72	3,79	1,03	197,19	df	4
gesamt	376	3,74	0,97		Asympt. Sig.	.584

Anders als bei den jüngeren Männern können im Falle der jüngeren Frauen keine systematischen Zusammenhänge zwischen Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit sowie der Aufgeschlossenheit für den Dienst als Soldatin nachgewiesen werden. Interessanterweise weisen die weiblichen Befragten, die sich sicher einen Dienst in der Bundeswehr vorstellen können, mit 11,82 und 14,82 relativ niedrige Werte auf den beiden

Skalen auf. Im Falle der Fremdenfeindlichkeitsskala liegen diese Werte sogar etwas niedriger als bei den Frauen, die für sich einen militärischen Dienst ausschließen. Allerdings weisen diese Unterschiede zwischen den weiblichen Befragten keine statistische Signifikanz auf. Bedeutsam sind demgegenüber die Unterschiede zwischen männlichen und weiblichen Befragten, die sich einen Dienst in den Streitkräften vorstellen können. Im Falle der Nationalismusskala liegt der Unterschied in der Gruppe derer, die sich sicher einen Dienst in den Streitkräften vorstellen können, bei immerhin 1,3 Punkten im Mittelwertvergleich. Noch ausgeprägter sind die geschlechtsspezifischen Einstellungsunterschiede auf der Fremdenfeindlichkeitsskala. Hinsichtlich der politischen Selbsteinschätzung unterscheiden sich die jüngeren Frauen nicht von den jüngeren Männern. Auch hier dominiert die Orientierung in der Mitte.

4.3.3 Zusammenfassende Bewertung

Die zu überprüfende Annahme lautete, dass Personen mit positiven Einstellungen zur Bundeswehr und potenzielle Bewerber für den freiwilligen Dienst in den Streitkräften signifikant höhere Werte auf den Rechtsextremismus indizierenden Skalen und Items erreichen als solche, die der Bundeswehr eher ablehnend gegenüberstehen. Bezogen auf die jüngeren männlichen Befragten wird dieser angenommene Zusammenhang bestätigt. Unter den jüngeren weiblichen Befragten konnte er dagegen nicht konstatiert werden. Vielmehr wurde bei den potenziellen Bewerberinnen eine – wenn auch nicht signifikante – Tendenz in die andere Richtung vorgefunden. Möglicherweise ist das „Berufsfeld Bundeswehr“ im Bewusstsein junger Frauen noch immer stark durch die Begrenzung auf den Sanitätsdienst bzw. Militärmusikdienst bezogen. Frauen, die sich für eine sanitätsdienstliche Laufbahn interessieren, weisen zumeist eine höhere formale Bildung auf, wodurch niedrigere Werte auf den Einstellungsskalen erklärbar sind. Näheren Aufschluss über diese Interpretation werden Befragungen zu späteren Zeitpunkten liefern, wenn sich die neue Offenheit der Bundeswehr für Frauen weiter im öffentlichen Bewusstsein verankert hat.

Bezüglich der jungen Männer ergibt sich, nicht zuletzt dank des gewählten Kruskal-Wallis-Verfahrens, bei näherer Betrachtung ein differenziertes Bild. Zwar ist der statistische Zusammenhang zwischen Bundeswehraffinität und den Merkmalsausprägungen auf den Skalen eindeutig. Doch zeigt sich im verteilungsunabhängigen Mittelwertver-

gleich, dass die von den Befragten tatsächlich erreichten Mittelwerte von extremen Positionen weit entfernt sind. Der männliche potenzielle Bundeswehrbewerber liegt in seinen Merkmalsausprägungen fast exakt im Mittelwert der Gesamtstichprobe. Damit unterscheidet er sich von seinen Altersgenossen, die niedrigere Werte aufweisen. Doch ist gerade im Falle der Fremdenfeindlichkeitsskala bereits auf die Differenzierung nach dem Grad der Ablehnung entsprechender Einstellungen hingewiesen worden.

Die Gruppe der jungen Befragten, die sich sicher einen Dienst in der Bundeswehr vorstellen kann, erreicht auf der Nationalismusskala, nicht aber auf der Fremdenfeindlichkeitsskala, deutlich erhöhte, wenn auch keine extremen Werte. Dieser Befund wird dahingehend interpretiert, dass unter jungen männlichen Bundeswehraspiranten national-konservative Einstellungsmuster, die jedoch nicht mit Fremdenfeindlichkeit einhergehen, stärker verbreitet sind als in der übrigen Gesellschaft. Angesichts der Brückenfunktion, die nationalistische Einstellungen zwischen der noch demokratischen und der rechtsextremen Sphäre wahrzunehmen vermögen, ist dieses Ergebnis vielleicht noch nicht alarmierend, so aber doch dazu angetan, das Sensorium der Bundeswehr für nationalistische Einstellungen unter ihren Bewerbern weiter zu schärfen. Es stellt sich durchaus die Frage, ob die jungen Männer, die sich besonders nachdrücklich mit dem Dienst in den Streitkräften identifizieren, auch diejenigen sind, die die Bundeswehr als künftigen Personal- und Führungsnachwuchs gewinnen will.

Zwischen der Gruppe junger Männer, die sich einen Dienst in der Bundeswehr sicher vorstellen kann, und derjenigen, die sich dies unter Umständen vorstellen kann, bestehen deutliche Unterschiede in den Merkmalsausprägungen auf beiden Skalen. Für die Bundeswehr folgt daraus zweierlei: Zum einen muss sie vielleicht noch nachdrücklicher als bislang verdeutlichen, dass der Auftrag der Bundeswehr nicht ausschließlich auf der Verteidigung nationaler Interessen beruht, sondern in immer größerem Ausmaß auf die Verwirklichung internationale Ziele und Wertvorstellungen wie Frieden und Stabilität auch jenseits der eigenen Grenzen ausgerichtet ist. Offenheit und Respekt gegenüber anderen Völkern und Kulturen werden daher zunehmend unverzichtbare Qualifikationsmerkmale für Angehörige einer Bundeswehr, die künftig noch stärker in multinationale Strukturen eingebunden ist und sich an komplexen Missionen außerhalb des Bündnisgebietes beteiligt. Durch eine stärkere Akzentuierung ihres Selbstbildes in dieser Richtung könnte Trägern nationalistischer Einstellungen von vorneherein signalisiert

werden, dass sie mit ihren Orientierungen zumindest in der Bundeswehr keinen Resonanzboden finden. Zum anderen zeigt die große Gruppe derer, die sich unter Umständen einen Dienst in den Streitkräften vorstellen kann und gleichzeitig nationalistische bzw. fremdenfeindliche Einstellungen ablehnt, dass die Bundeswehr bei der Rekrutierung ihres Nachwuchses keineswegs auf ein Bewerberaufkommen mit bedenklichen politischen Einstellungen angewiesen ist. Vielmehr steht ein beachtliches Potenzial für die Nachwuchsgewinnung zur Verfügung, welches aber überzeugt werden muss. Attraktive Arbeitsbedingungen für ambitionierte und gut ausgebildete junge Menschen zu bieten ist daher neben den vielfältigen funktionalen Vorteilen auch ein entscheidendes Element einer umfassenden Strategie der Bundeswehr zur Bekämpfung von Rechtsextremismus in ihrem Bereich.

5 Literaturverzeichnis

- Adorno, Theodor et al. (1950): *The Authoritarian Personality*, New York.
- Bald, Detlef (1998): Neotraditionalismus und Extremismus – Eine Gefährdung für die Bundeswehr. In: Mutz, Reinhard; Schoch, Bruno; Solms, Friedhelm (Hrsg.): *Friedensgutachten 1998*, Münster, 277–288.
- Bortz, Jürgen; Lienert, Gustav A.; Boehnke, Klaus (1990): *Verteilungsfreie Methoden in der Biostatistik*, Berlin, 222ff.
- Broek, Linda van den (1988): *Am Ende der Weisheit – Vorurteile überwinden*, Berlin.
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (1998): *Verfassungsschutzbericht 1997*, Bonn.
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2001): *Verfassungsschutzbericht 2000*, Bonn.
- Butterwegge, Christoph; Isola, Horst (Hrsg.) (1991): *Rechtsextremismus im vereinten Deutschland*, Bremen-Berlin.
- Deutscher Bundestag (1998): *Beschlussempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses als 1. Untersuchungsausschuss gemäß Artikel 45a Abs. 2 des Grundgesetzes*. Drucksache 13/11005. Bonn.
- Deutscher Bundestag (2001): *Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten. 42. Bericht*. Drucksache 14/5400. Berlin.
- Durkheim, Emile (1977): *Über die Teilung der sozialen Arbeit*, Frankfurt/M.
- Elias, Norbert (1991): *Was ist Soziologie?* 6. Aufl., München.
- Falter, Jürgen; Arzheimer, Kai (1998): *Rechtsextremismus unter Jugendlichen in Deutschland 1998 im Vergleich zum Jahr 1994*. Gutachten im Auftrag des BMFSFJ, Bonn.
- Findeisen, Hans-Volkmar; Kersten, Joachim (1999): *Der Kick und die Ehre – vom Sinn jugendlicher Gewalt*, München.
- Gerhard, Wilfried (1999): *Extremismusstudien*. SOWI-Arbeitspapier Nr. 117, Strausberg.
- Hall, Stuart (1989): *Rassismus als ideologischer Diskurs*. In: *Als Argument* 178.
- Haltiner, Karl; Widler, Hans (1998): *Schweizer Skala zur Ausländerfeindlichkeit*. In: *ch-x. Eidgenössische Jugend- und Rekrutenbefragung*, Zürich.
- Hartfield, Günther; Hillmann, Karl-Heinz (1972): *Wörterbuch der Soziologie*, Stuttgart.
- Heitmeyer, Wilhelm (1987): *Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen*, Weinheim-München.

- Heitmeyer, Wilhelm et al. (1992): Die Bielefelder-Rechtsextremismus-Studie 1992, Weinheim-München.
- Heller, Friedrich; Maegerle, Anton (1998): THULE - vom völkischen Okkultismus bis zur Neuen Rechten, Stuttgart.
- Hoffmann, Jürgen; Lepszy, Norbert (1998): Die DVU in den Landesparlamenten: inkompetent, zerstritten, politikunfähig, Sankt Augustin.
- Jäger, Siegfried (1993): Rassismus und Rechtsextremismus – Gefahr für die Demokratie. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Entstehung von Fremdenfeindlichkeit – die Verantwortung von Politik und Medien, Bonn, 3–33.
- Kleinert, Corinna; Krüger, Winfried; Willems, Helmut (1998): Einstellungen junger Deutscher gegenüber ausländischen Mitbürgern und ihre Bedeutung hinsichtlich politischer Orientierungen. Ausgewählte Ergebnisse des DJI-Jugendsurvey 1997. In: Aus Politik- und Zeitgeschichte B 31/1998, 14–27.
- Kloninger, Herbert (Hrsg.) (1998): Aktuelle Aspekte des Rechtsextremismus: Symbolik/Neonazis/Skinheads, Brühl/Rheinland.
- Knorr, Lorenz (1998): Rechtsextremismus in der Bundeswehr. Deutsches Militär – von Massenmördern geprägt? Frankfurt/M.
- Kohr, Heinz-Ulrich (1993): Rechts zur Bundeswehr, links zum Zivildienst? Orientierungsmuster von Heranwachsenden in den alten und neuen Bundesländern Ende 1992. SOWI-Arbeitspapier Nr. 77, München.
- Kozielski, Peter-Michael (1998): Die Bundeswehr – Spiegelbild der Gesellschaft. SOWI-Arbeitspapier Nr. 115, Strausberg.
- Kümmel, Gerhard; Spangenberg, Stefan (1998): Gewalt, Gesellschaft und Bundeswehr. Zur Wahrnehmung der Entwicklung eines gesellschaftlichen Phänomens. SOWI-Arbeitspapier Nr. 111, Strausberg.
- Lamnek, Siegfried (1998): Jugendkriminalität: Erscheinungen, Entwicklungen, Erklärungen. In: Zeitschrift für Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Bildung, 47. Jg., Heft 3, 379–412.
- Pfahl-Traughber, Armin (1999a): Der zweite Frühling der NPD zwischen Aktion und Politik, Baden-Baden.
- Pfahl-Traughber, Armin (1999b): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, München.
- Pfahl-Traughber, Armin (2000): Die Entwicklung des Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39/2000, 3–14.
- Rommelspacher, Birgit (1993): Männliche Jugendliche als Projektionsfiguren gesellschaftlicher Gewaltphantasien. Rassismus im Selbstverständnis der Mehrheitskultur, Bonn.

- Scherr, Albert (1996): Zum Stand der Debatte über Jugend und Rechtsextremismus. In PVS Sonderheft 27, Opladen, 97–117.
- Scheuch, Erwin K.; Klingelmann, Hans-Dieter (1967): Theorie des Rechtsradikalismus. In westlichen Industriegesellschaften. In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialpolitik 12, 11–29.
- Schwagerl, Hans-Joachim (1993): Rechtsextremes Denken – Merkmale und Methoden, Frankfurt/Main.
- Silbermann, Alphons; Hüser, Francis (1995): Der „normale“ Hass auf die Fremden – eine sozialwissenschaftliche Studie zu Ausmaß und Hintergründen von Fremdenfeindlichkeit in Deutschland, München.
- Spangenberg, Stefan (1993): Latente Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland. Unveröffentlichte Magisterarbeit an der Philosophischen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität, Münster/Westfalen.
- Stöss, Richard (1994): Forschungs- und Erklärungsansätze – ein Überblick. In: Kowalski, Wolfgang; Schröder, Wolfgang (Hrsg.): Rechtsextremismus, Einführung und Forschungsbilanz, Opladen, 23–58.
- Wasmuht, Ulrike C. (1996): Rechtsextremismus. Bilanz und kritische Würdigung sozialwissenschaftlicher Erklärungsansätze. SOWI-Arbeitspapier Nr. 96, Strausberg.
- Winkler, Jürgen R. (1996): Bausteine einer allgemeinen Theorie des Rechtsextremismus. In: Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 27/1996, Opladen, 25–48.

Autoren

Sven Bernhard Gareis studierte von 1983 bis 1987 Pädagogik, Soziologie und Politikwissenschaft an der Universität der Bundeswehr in Neubiberg. Nach dem Diplom und der Promotion zum Dr. phil (1989) war er in verschiedenen Funktionen in der Fernmeldetruppe des Heeres tätig. 1994 wechselte er als Wissenschaftlicher Mitarbeiter zur Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation nach Strausberg. Seit September 2000 ist er am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr in Strausberg beschäftigt.

Peter-Michael Kozielski studierte Psychologie in Göttingen. Nach dem Diplom war er als Wissenschaftlicher Angestellter in der Stimm- und Sprachabteilung der HNO-Klinik der Universität in Göttingen tätig. Nach der Promotion zum Dr. rer. nat. im Januar 1980 trat er in den Psychologischen Dienst der Bundeswehr ein. Seit Februar 1998 arbeitet er am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr.

Michael Kratschmar studierte Wirtschafts- und Organisationswissenschaften an der Universität der Bundeswehr in München. Nach dem Diplom, der Wahrnehmung verschiedener Führungspositionen in der Luftwaffe sowie der Teilnahme an der französischen Generalstabsausbildung ist er seit Juli 2000 als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr tätig.